

Mitja Sienknecht

Entgrenzte Konfliktkommunikation*

Zum Aufbau von Kommunikationsstrukturen von nichtstaatlichen Konfliktparteien in das weltpolitische System

Dieser Beitrag beleuchtet einen weitverbreiteten, aber in der Forschung bislang vernachlässigten Aspekt »innerstaatlicher Konflikte«: Die (kommunikative) Entgrenzung von Konflikten über nationalstaatliche Grenzen hinweg. Auf Basis einer systemtheoretischen Analyseperspektive werden Konflikte als Kommunikationssysteme konzipiert, die sich aus der Ablehnung von Erwartungen konstituieren und zur Integration von immer mehr Themen tendieren. Diese Annahme bildet den Ausgangspunkt für die Erklärung der Adressierung von Internationalen Organisationen im weltpolitischen System durch nichtstaatliche Konfliktparteien. Die Analyse von Entgrenzungsprozessen erfolgt entlang dreier Dimensionen: der territorialen, der symbolischen und der funktionalen Entgrenzung. Anhand einer Einzelfallstudie über den Konflikt zwischen der türkischen Regierung und der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) wird die besondere Form der Inklusion der Europäischen Union in das Konfliktsystem nachgezeichnet und erklärt.

1. Einleitung**

Konflikte sind in der Gesellschaft allgegenwärtig. Sie ereignen sich auf verschiedenen Ebenen, können sowohl friedlich als auch gewalttätig ausgetragen werden und konstituieren sich aus mindestens zwei Konfliktparteien, die eine unvereinbare Positionsdifferenz über eine Sache oder ein Thema aufweisen (Efinger et al. 1988: 51-52; Rittberger/Zürn 1991: 405). Meist bleiben Konflikte jedoch nicht begrenzt auf ein Konfliktthema oder die beiden Konfliktparteien. Im Extremfall entwickelt sich der Konflikt zu einem gewalttätigen und hochkomplexen Machtkonflikt, der nicht mehr ausschließlich auf das Initialthema zurückzuführen ist und eine Vielzahl von Personen umfasst (vgl. zur Einteilung von Konflikten Diez et al. 2008: 16-19).

In sogenannten innerstaatlichen Konflikten – der weltweit verbreitetsten Konfliktform – stehen sich eine staatliche und eine nichtstaatliche Konfliktpartei gegen-

* Dieser Beitrag wurde im Rahmen des zib *Best Paper Awards* als bestes Papier der Offenen Sektionstagung 2017 in Bremen ausgezeichnet, zu der die Sektion »Internationale Beziehungen« der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) einlud. Mehr Informationen erhalten Sie unter: <https://zib-online.org/2018/02/09/best-paper-award-fuer-entgrenzte-konfliktkommunikation/>; 28.2.2018.

** Ich danke den anonymen GutachterInnen für wertvolle Hinweise und Kommentare.

über.¹ Diese Konflikte lassen sich nur selten auf die ihnen zugeschriebene innerstaatliche Dimension begrenzen, sondern entgrenzen sich in vielfältiger Hinsicht. Sie absorbieren fortlaufend neue Themen und versuchen, Unterstützung zu generieren, um die soziale Relevanz des Konfliktes zu erhöhen. Neben dieser Tendenz zur thematischen und sozialen Entgrenzung des Konfliktes wirken innerstaatliche Konflikte auch über die territorialen Grenzen des betreffenden Staates hinaus: Angrenzende Länder werden zu Kriegsschauplätzen oder dienen als Rückzugsräume, Konfliktparteien akquirieren Gelder und KämpferInnen im Ausland, unterhalten stabile transnationale Beziehungen zu Diasporagruppen und bauen Strukturen zu anderen nichtstaatlichen Konfliktparteien auf. Darüber hinaus gewinnen diverse global operierende Funktionssysteme an Relevanz für die Operationen des Konfliktsystems: Entscheidungen im weltpolitischen System strukturieren die Anschlussfähigkeit von Konfliktthemen und Konfliktparteien, Rechtsprechungen im globalen Rechtssystem legitimieren oder delegitimieren diese, und das Mediensystem wird für die Herstellung von Öffentlichkeit und Unterstützung immer relevanter (Sienknecht 2018: 150).

Auch wenn territoriale Grenzen eine zentrale Bedeutung in Konflikten spielen, da sie beispielsweise einen Grund für die Entstehung von Konflikten darstellen oder durch Rückzugsmöglichkeiten auf angrenzendes Staatsgebiet deren Dauer beeinflussen, werden staatliche Grenzen in Konfliktsituationen auf vielfältige Weise herausgefordert und überwunden – Konflikte werden ganz offensichtlich nicht von territorialen Grenzen begrenzt.² Und trotzdem suggeriert dies die Konfliktforschung, wenn sie Konflikte als innerstaatlich, zwischenstaatlich, internationalisiert etc. definiert (UCDP o. D.; Pettersson/Wallensteen 2015).³ Durch diese Definition wird eine Begrenztheit und Begrenzbarkeit dieser Konflikte angenommen und die Analyse entlang nationaler Grenzen strukturiert, die jedoch selten mit der faktischen Reichweite der Konflikte korrespondiert. Solange Konflikte zuvorderst entlang der Reichweite ihrer Kampfhandlungen und staatlicher Grenzen konzipiert werden und die Beobachtung reflexiver Beziehungsstrukturen vernachlässigt wird, können zentrale Charakteristika und Funktionen von Konflikten nicht erfasst werden. Die grundlegende Annahme des vorliegenden Artikels ist es, dass ein Konflikt

-
- 1 Insgesamt werden 64 Prozent aller innerstaatlichen Konflikte seit 1946 nach dem *Uppsala Conflict Data Program* (UCDP) Datenset als ethnische Konflikte eingeordnet (Denny/Walter 2014: 199). In diesem Beitrag wird in konstruktivistischer Manier angenommen, dass ethnische Identitäten wandelbar und konstruiert sind und nur einen Faktor darstellen, der zum Aufbau antagonistischer Identitäten genutzt werden kann (Gurr/Pitsch 2002: 290).
 - 2 Wenn im Folgenden der Begriff »innerstaatlicher Konflikt« verwendet wird, dann wird damit vor allem an die Konfliktkonstellation zwischen einer staatlichen und einer nichtstaatlichen Konfliktpartei angeschlossen und nicht an die territoriale Zuschreibung des Konfliktes. KritikerInnen könnten an dieser Stelle einwenden, dass der Anspruch des Papiers – die Forschung zu Konflikten aus dem staatlichen Korsett zu lösen – auf diese Weise nicht gänzlich umgesetzt wird. Um jedoch die kommunikative Anschlussfähigkeit in die Friedens- und Konfliktforschung zu gewährleisten, scheint die klare Abgrenzung bei gleichzeitiger Beibehaltung des etablierten Vokabulars gerechtfertigt.
 - 3 Vgl. zur Kritik der Konzeption von Konflikten als ausschließlich innerstaatliche Phänomene auch Gleditsch (2007: 294) oder Olzak (2011: 4).

sich nicht im abgeschlossenen staatlichen Raum ereignet, sondern ebenso wie andere soziale Prozesse in ein vielfältiges Netz von globalen Strukturen eingebettet ist und sich vielfach entgrenzt.

Im Vordergrund des vorliegenden Beitrags steht die Bedeutung des weltpolitischen Systems für die Entgrenzung von Konflikten. Dabei wird ein besonderer Fokus auf das wechselseitige Verhältnis zwischen Internationalen Organisationen (IOs) des weltpolitischen Systems und den Konfliktparteien gelegt. IOs schaffen einerseits durch ihre Entscheidungen eine relevante, konflikt-spezifische Realität für die Konfliktparteien, da sie die Weltgesellschaft über globale Normen, wie z. B. Menschenrechtsnormen oder Anti-Terror-Normen, ordnen und strukturieren. Andererseits avancieren »innerstaatliche« Konflikte zu weltpolitischen Themen, wenn sie in den Foren der IOs verhandelt und nicht selten durch die Unterstützung bzw. den Einsatz internationaler Akteure gelöst werden (Bonacker/Weller 2006: 10). Indem Internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen (*United Nations*, UN) oder die Europäische Union (EU) in einen Konflikt intervenieren, Waffenstillstandsabkommen überwachen oder einen Mediationsprozess begleiten, greifen sie in den Konflikt ein und versuchen, die jeweiligen Konfliktakteure wieder in Einklang mit internationalen Erwartungen zu bringen (Eppert et al. 2015: 87). Somit spielen Entwicklungen im weltpolitischen System eine entscheidende Rolle für diese Konflikte und andersrum beeinflussen die Konflikte auch Prozesse im weltpolitischen System und tragen etwa zur Normbildung bei (so z. B. Entwicklung der *responsibility to protect* (R2P)-Norm infolge des Genozids in Ruanda und Srebrenica).

Wenngleich beide Konfliktparteien (staatliche und nichtstaatliche) zu einer kommunikativen Entgrenzung eines Konfliktes beitragen (können), liegt der Fokus im Folgenden auf der nichtstaatlichen Konfliktpartei. Diese muss im Vergleich zur staatlichen Seite meist erst Kommunikationsstrukturen zu den IOs aufbauen und kann nicht auf bereits etablierte Strukturen (diplomatische Vertretungen, Sitze in den IOs etc.) zurückgreifen.⁴ Anhand des Konfliktes zwischen der türkischen Regierung und der Arbeiterpartei Kurdistans (*Partiya Karkerên Kurdistanê*, PKK) sowie der Inklusionsversuche der PKK gegenüber europäischen Institutionen soll in diesem Artikel die Entgrenzung eines als »innerstaatlich« angenommenen Konfliktes durch den Prozess der Materialisierung und Institutionalisierung von konflikt-spezifischen Kommunikationsstrukturen ins weltpolitische System nachgezeichnet werden. Durch diese Fokussierung wird ein in der Forschung kaum berücksichtigter Aspekt näher analysiert: der Aufbau von Kommunikationsstrukturen von nicht-staatlichen Konfliktparteien gegenüber IOs mit dem Ziel, letztere in den Konflikt zu inkludieren. Dies ist jedoch eine zentrale Beobachtung, da die entsprechenden IOs in der Konsequenz keinesfalls außerhalb des Konfliktes zu verorten sind – wie in der Forschung gemeinhin angenommen (vgl. exemplarisch Wallenstein/Svensson 2014: 316) –, sondern zu einem Teil des Konfliktes werden und dessen Verlauf und Form auch jenseits von Mediation und Intervention beeinflussen. Über die

4 Es sei denn, die Konfliktpartei hat bereits im Kontext eines anderen Konfliktes Kommunikationsstrukturen ins weltpolitische System aufgebaut.

Analyse der Inklusionsversuche von IOs durch die nichtstaatliche Konfliktpartei wird nachfolgend gezeigt, wie diese durch »Lobbyarbeit« aktiv zur Entgrenzung und Neueingrenzung von Konflikten und zu einer Sekundärinklusion ins weltpolitische System beiträgt.⁵ Insofern geht dieser Beitrag über die Analyse von rein ressourcenbedingten Austauschprozessen zwischen IOs und Konfliktparteien hinaus und stellt die kommunikative Anschlussfähigkeit zwischen nichtstaatlichen Konfliktparteien und IOs als zentrales Element vielfältiger Entgrenzungen in den analytischen Mittelpunkt.

Nachfolgend wird zunächst in den Forschungsstand zur Globalisierung innerstaatlicher Konflikte und in das Konfliktverständnis der modernen Systemtheorie eingeführt (Kap. 2). Nach diesem Verständnis werden Konflikte als soziale und als auf Kommunikation basierende Systeme definiert, die per se global angelegt sind, sodass Entgrenzungs- und Neueingrenzungsprozesse von Konflikten systematisch erfasst werden können. Um Aussagen über die Entgrenzung innerstaatlicher Konflikte treffen zu können, wird im dritten Kapitel in das theoretische Modell eingeführt und die Analyse der Entgrenzungsprozesse entlang von drei Dimensionen strukturiert. Es wird zwischen der territorialen (räumliche Ausweitung, Aufbau von Lobbybüros in relevanten Städten), der symbolischen (identitätsbezogene Ausweitung, Stabilisierung von Identitätsbeziehungen zur Diaspora und anderen Gruppen) und der funktionalen Entgrenzung (thematische Ausweitung und Anschluss bei IOs) unterschieden. Daran anschließend werden die theoretischen Erkenntnisse anhand der Entgrenzung des Konfliktes zwischen der türkischen Regierung und der PKK gegenüber der EU plausibilisiert (Kap. 4). Zur Analyse der Kommunikationsstrukturen zwischen den Konfliktparteien und der EU zwischen 1984 und 2013 wurden Interviews mit EU-Personal, RepräsentantInnen kurdischer Organisationen und ExpertInnen geführt. Für die Bewertung der Entgrenzung des Konfliktsystems werden darüber hinaus EU-Parlamentsdebatten, Fortschrittsberichte und Gerichtsurteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) herangezogen, die Rückschlüsse auf die Kommunikationsstrukturen zwischen nationaler und weltpolitischer Ebene zulassen. Im Fazit werden die Reichweite und der analytische Mehrwert des Modells diskutiert (Kap. 5).

2. Forschungsstand und theoretische Einordnung

Der vorliegende Beitrag steht im Kontext von Arbeiten, die verschiedene Formen der Konfliktkommunikation (und nicht allein die Gewaltanwendung) in den Blick nehmen.⁶ Indem die Konfliktkommunikation in den Mittelpunkt der Analyse gerückt wird, kann die bislang nicht berücksichtigte Entgrenzung (kommunikative

5 Während die Primärinklusion die funktionssystemspezifische Partizipation anhand von Laien- und Leistungsrollen meint (WählerInnen, PolitikerInnen), beschreibt die Sekundärinklusion die Partizipation in formalen Organisationen (Hohm 2006: 100).

6 Huang (2016); Bonacker (2005; 2006; 2008); Diez et al. (2008); Stetter (2007; 2008a; 2014); Eppert et al. (2015).

Ausdehnung und Verdichtung) von Konflikten nachvollzogen und theoretisch ein-geordnet werden. Dabei wird ein makrosoziologischer, sprich gesellschaftstheoretisch-systemtheoretischer Zugriff etabliert, der es erlaubt, Konflikte in globale Strukturzusammenhänge einzubetten.

2.1. Die globale Dimension innerstaatlicher Konflikte

In den letzten Jahren haben in der Friedens- und Konfliktforschung Ansätze an Bedeutung gewonnen, die zur Erklärung von Konflikten neben länderspezifischen Faktoren regionale und transnationale Aspekte berücksichtigen (s. für einen Überblick Gleditsch 2009). Dadurch wird der Einbettung innerstaatlicher Konflikte in transnationale und internationale Zusammenhänge zunehmend Rechnung getragen. In vielen Forschungen zur Ausdehnung von Konflikten stehen Prozesse im Vordergrund, die direkte Auswirkungen auf die Kampfesstärke und die Fortsetzung der Kampfhandlungen haben. So werden ökonomische Globalisierungsprozesse, die die Akquirierung von Mitteln erleichtern und zum Aufbau regelrechter Kriegsökonomien beitragen (Schneider 2014; Schneider et al. 2003), ebenso berücksichtigt wie die Institutionalisierung von identitären Strukturen und die finanzielle Unterstützung zwischen Diaspora und Heimatethnie (vgl. für einen Überblick Checkel 2013; Adamson 2005). Viele Studien haben auch die Rolle von externen Akteuren in innerstaatlichen Konflikten in Bezug auf die Konflikteskalation und -lösung untersucht (z. B. Gleditsch 2007; Gleditsch/Beardsley 2007; Regan 2000; 2002), dabei aber den Fokus vor allem auf die direkte und indirekte Unterstützung von Konfliktparteien durch andere Staaten gelegt (Salehyan 2006; Salehyan et al. 2011). Ein weiterer wichtiger Forschungsweig untersucht die Auswirkungen von gewalttätigen Konflikten auf das Risiko der Konfliktenstehung in angrenzenden Staaten und berücksichtigt so systematisch die gewalttätige Konfliktenstehung bzw. deren *spillover*-Effekte (Buhaug/Gleditsch 2008; Gleditsch 2007; 2009) und die dadurch erhöhte Wahrscheinlichkeit der Intervention durch angrenzende Staaten (Kathman 2008).

Ansätze, die im weitesten Sinne dem Transnationalismus zuzuordnen sind, räumen der Analyse von substaatlichen Vernetzungsprozessen der nichtstaatlichen Konfliktpartei mehr Raum ein und kritisieren den weitverbreiteten Fokus auf staatliche Erklärungsfaktoren (Petersen 2004; Checkel 2013; Gurses 2014; Walter 2009). In der *public diplomacy*-Forschung wird beispielsweise anschaulich herausgearbeitet, dass nichtstaatliche Gruppen, wie etwa die *Hisbollah*, Öffentlichkeitsarbeit gegenüber der eigenen Basis oder anderen sozialen Gruppen und Staaten betreiben und hierfür eigene Abteilungen und Büros aufbauen (Khatib 2012: 8-10; La Porte 2012: 444; Gilboa 2008: 60). Reyko Huang (2016) hat mit ihrer Forschung zu »rebel diplomacy« einen wertvollen Beitrag geleistet, um den Aufbau politischer Strukturen durch nichtstaatliche Konfliktparteien näher zu beleuchten. Sie zeigt, dass die Konfliktparteien internationale Beziehungen zu anderen Staaten aufbauen und neben dem militärischen Kampf Ressourcen auf den politischen Prozess ver-

wenden (Huang 2016: 92). Timothy Crawford stellt fest, dass sich Konfliktparteien aus verschiedenen Konflikten gegenseitig beeinflussen und demonstriert dies anhand von Sezessionsbestrebungen, die Sezessionsbewegungen in anderen Ländern befördern können (Crawford 2005: 177). Diese »Vorbild-Funktionen« einzelner Gruppen führen zu Isomorphieprozessen (vgl. hierzu Meyer/Krücken 2005), die unter anderem anhand der Übernahme erfolgreicher Kampf-, Kommunikations- und Öffentlichkeitsstrategien zu beobachten sind (Della Porta/Tarrow 2005). McAdam (2013) plädiert aufgrund dieser Vernetzung dafür, soziale Bewegungen als miteinander verflochten anzusehen, da sie sich untereinander taktisch und organisatorisch beeinflussen. Die im Rahmen von Globalisierungsprozessen gesteigerten Kommunikationsmöglichkeiten eröffnen also Möglichkeiten für politische Gruppen, sich über staatliche Grenzen hinweg zu organisieren und transnationale Verbindungsstrukturen aufzubauen (Adamson 2005: 31; Kaldor 2012: 8).

Während (mittlerweile) viele wichtige Punkte für die Ausdehnung von Konflikten in der Forschung aufgegriffen werden, stellt die Analyse von Kommunikationsstrukturen zwischen (nichtstaatlichen) Konfliktparteien und IOs sowie deren gesellschaftstheoretische Einbettung bislang noch eine Leerstelle dar. Für die Analyse der Entgrenzung von Konflikten schließt die vorliegende Arbeit an verschiedene Studien der politischen Soziologie an, die wichtige Erkenntnisse zur Einordnung von Konflikten in die Weltgesellschaft hervorgebracht haben (Messmer 2003; Bonacker/Weller 2006; Diez et al. 2008; Koloma-Beck/Werron 2013).

2.2. Konflikte als kommunikationsbasierte Systeme

Die (welt-)gesellschaftlich reflektierte Konzeptualisierung von Konflikten als soziale Systeme dient im Folgenden dazu, das starre Verständnis von Konflikten als abgeschlossene soziale Gebilde, die sich entlang staatlicher Grenzen konstituieren, zu überwinden. Auf diese Weise wird es möglich, den oftmals als mono-direktional konzipierten Einfluss von IOs auf Konflikte differenzierter zu betrachten. Durch die Loslösung der Konfliktkonzeption von staatlichen Grenzen und der Beobachtung der reflexiven Beziehungsstruktur zwischen (nichtstaatlichen) Konfliktparteien und IOs treten zentrale Charakteristika und Funktionen von Konflikten in den Fokus der Analyse. Der vorliegende Beitrag plädiert daher dafür, Konfliktsysteme nicht als ontologische Kategorien a priori zu begrenzen, sondern Konflikte analytisch zu fassen und ihre Grenzen empirisch zu identifizieren.⁷ Dabei spielen diverse Grenzziehungsprozesse eine Rolle – und zwar nicht nur im Fall von Grenzkonflikten, die die Aufhebung bzw. Verschiebung von Grenzen zum Ziel haben, sondern auch in Hinblick auf die Konstitution von Konflikten als kommunikationsbasierte Systeme.

Gewalttätige »innerstaatliche« Machtkonflikte entzünden sich in der Regel an Entscheidungen, die im nationalen Politiksystem getroffen werden (Sachdimensi-

7 Vgl. für ein sehr ähnliches Plädoyer in Bezug auf IOs Seabrooke/Sending (2015: 5).

on).⁸ Die Diskriminierung oder Exklusion einer Minderheitengruppe aus bestimmten sozialen Funktionsbereichen, wie etwa aus Politik, Recht oder Bildung, stellt eine häufige Konfliktursache dar (EPR o. D.). Diese Exklusionen ereignen sich nicht zufällig, sondern werden von der Regierung eines Staates im politischen System beschlossen, durchgesetzt und aktualisiert. Das Konfliktpotenzial politischer Exklusionen ist hoch, da einer Gruppe die Realisierung zentraler (Menschen-)Rechte verwehrt bleibt und die friedliche Konfliktbeilegung im Rahmen der Strukturen des politischen oder rechtlichen Systems nicht möglich ist (Luhmann 1997; Bonacker 2005; Gurr 1993). Damit ein Konfliktsystem zwischen zwei Parteien abgrenzbar und beobachtbar wird, ist die Wahrnehmung der Exklusion als illegitime Machtausübung und deren Ablehnung durch die betroffene Gruppe entscheidend (Bonacker 2005: 50; Olzak 2011: 8). Während die staatliche Seite als Regierung organisiert und adressierbar ist, muss sich die nichtstaatliche Konfliktpartei erst herausbilden, indem sie Gruppengrenzen auf Grundlage ethnischer, politischer oder religiöser Identifikationsmerkmale konstruiert und so adressierbar wird (Sozialdimension). Hierfür bedarf es sowohl der Motivation als auch der Kapazität, sich als Gruppe organisatorisch zu konstituieren (Cederman et al. 2010; Gurr 2000: 70; Tilly/Tarrow 2007: 90). Erst dann kann sich die konflikt spezifische Kommunikation herausbilden – nämlich die gegenseitige Ablehnung von Erwartungen und der Anschluss an die stabilisierte Kommunikation des »Nein«.

Die Systemtheorie geht davon aus, dass die Artikulation der Positionsdifferenz im Namen der beiden Konfliktparteien Voraussetzung für einen Konflikt ist. Denn ohne die Kommunikation des Konflikts würde dieser nicht als gesellschaftliches Phänomen wahrnehmbar (Bonacker 2008: 273). In Konfliktsituationen erfolgt demnach nicht der so oft postulierte »Kommunikationsabbruch«, sondern die Kommunikation wird im Anschluss an die Ablehnung als Konfliktkommunikation fortgeführt:

»Ein Konflikt ist die operative Verselbstständigung eines Widerspruchs durch Kommunikation. Ein Konflikt liegt also nur dann vor, wenn Erwartungen kommuniziert werden und das Nichtakzeptieren der Kommunikation rückkommuniziert wird« (Luhmann 1984: 530).

Gewalt stellt im systemtheoretischen Verständnis nicht den Abbruch der Kommunikation dar, sondern wird als »ultimative Kommunikation« oder »Gewaltkommunikation« bezeichnet, da auch diese soziale Operation kommuniziert werden muss, um gesellschaftliche Relevanz zu entfalten (Japp 2003: 73).

Dieser »communicative turn« (Albert et al. 2008: 47-49) ermöglicht die Analyse von kommunikationsspezifischen Konflikträumen, die sich nicht durch territoriale Staatsgrenzen einhegen lassen. Über die Identifikation von Konfliktparteien (soziale Dimension), der Konfliktthemen (sachliche Dimension) und Zeit (zeitliche Dimension) lassen sich Konflikte von anderen Systemen abgrenzen und sind so unterscheidbar. Durch dieses theoretische Verständnis wird die Prozesshaftigkeit von

8 Vgl. zur Konfliktentstehung an Entscheidungen in anderen Systemen Luhmann (1984: 532-533).

Konflikten unterstrichen und die Konfliktentwicklung über Zeit berücksichtigt. Im Verlauf ihres Bestands ist es Konflikten eigen, sich und ihre Umwelt nur noch auf die Möglichkeit hin zu beobachten, wie der Konflikt aufrechterhalten und für sich entschieden werden kann. In diesem Sinne sind Konfliktsysteme rücksichtslos gegenüber ihrer Umwelt und entwickeln eine hohe integrative Kraft und Bindewirkung, da alle Kommunikation in der sozialen Gegnerschaft subsumiert wird (Luhmann 1984: 532). Die Grenzen von Konflikten verlaufen in diesem Sinne nur kommunikativ und sind im Falle von Konfliktsystemen, ebenso wie bei den anderen Systemen, nicht statisch, sondern werden in den Kommunikationsprozessen immer wieder neu gezogen. Dieses dynamische und grundsätzlich »expansive« Konfliktverständnis, das die Integration von immer mehr Themen und Akteuren annimmt und somit von einer systemimmanenten Entgrenzungstendenz ausgeht, bildet die theoretische Grundlage für die Entwicklung des theoretischen Modells zur Erklärung der Entgrenzungsprozesse von Konflikten.

Das auf den folgenden Seiten entwickelte *Entgrenzungsmodell* greift sowohl auf die systemtheoretische Weltgesellschaftsforschung (Luhmann 1997; Stichweh 2000; Heintz et al. 2005; Albert 2002) als auch auf klassische Konfliktforschungsansätze (Huang 2016; Gurr 1998; 2000; Cederman et al. 2011; Wimmer et al. 2009) und Ansätze aus der Bewegungsforschung (McAdam 2013) zurück, um konzeptionelle Lücken bisheriger Forschung zu schließen. Dabei werden kommunikative Referenzpunkte identifiziert und mit der Annahme über die grundsätzlich global ausgelegte Systemstruktur von Konflikten verbunden. Durch die Analyse wird der Nexus zwischen IOs und Konflikt theoretisch reflektiert und die Rolle von IOs für die Entgrenzung »innerstaatlicher« Konflikte herausgearbeitet.

3. Entgrenzungs- und Neueingrenzungsprozesse von Konfliktsystemen

Nach systemtheoretischem Verständnis verlaufen Grenzen einerseits zwischen dem Sozialen und der nicht sozialen Umwelt und andererseits als Sinn Grenzen zwischen verschiedenen Teilsystemen. Mit Entgrenzung und Neueingrenzung ist in dieser Theorietradition nicht die Auflösung von Grenzen gemeint, sondern deren Bedeutungsverschiebung und die Entstehung neuer Grenzen, mit der auch neue Konfliktlinien einhergehen können (Bonacker 2003: 124; 2006: 84).

Entgrenzung und Neueingrenzung beschreiben also ein untrennbares Begriffspaar, das auf den dynamischen Charakter von Grenzziehungen und die Evolution von Weltgesellschaft verweist. Verließen die Grenzen in primär stratifizierten und segmentär differenzierten Gesellschaften maßgeblich zwischen den einzelnen Ständen bzw. Clans, erfuhren sie im Zuge der funktionalen Differenzierung eine Komplexitätssteigerung und verlaufen seitdem zwischen verschiedenen Organisationssystemen, Teilsystemen sowie der Gesellschaft und ihrer Umwelt (Luhmann 1984: 270; 1997: 640-642, 809). Die diskursiv und institutionell hergestellte Integration funktionaler Differenzierung basiert auf den durch den Staat in Einklang gebrachten territorialen, symbolischen und funktionalen Grenzen (Bonacker 2006: 82).

Diese Einheit und Wirkmächtigkeit der Grenzziehung in Staaten wird in Konfliktsituationen infrage gestellt. In Anlehnung an Stetter (2008: 104-106), der die evolutionäre Ausdifferenzierung verschiedener sozialer Systeme entlang territorialer, symbolischer und funktionaler Dimensionen beschreibt, wird dieser Differenzierungsvorschlag im Folgenden auf Konfliktsysteme übertragen.

3.1. *Territoriale Entgrenzung und Neueingrenzung*

Territoriale Grenzen meinen klassischerweise die staatlichen Grenzen zwischen einzelnen Hoheitsgebieten. Heutzutage ist nahezu die gesamte territoriale Fläche der Erde dem Hoheitsgebiet von Staaten zuzuordnen. Durch gesellschaftliche Kommunikationsprozesse und die Verdichtung kommunikativer Erreichbarkeit sind territoriale Räume entstanden (Stetter 2008: 105). Die territoriale Entgrenzung impliziert die Neubestimmung von staatlichen Grenzziehungen – also die Bedeutungsabnahme nationalstaatlicher Grenzen zugunsten anderer größerer, also regionaler (z. B. der EU), oder kleinerer, substaatlicher Grenzen (z. B. Bundesländer, Kantone etc.) (Bonacker 2006: 85). Neben diesen friedlichen Entgrenzungs- und Neueingrenzungsprozessen können territoriale Grenzen auch Gegenstand von Konflikten werden.

Grenzen werden vor allem in separatistischen Konflikten hinterfragt, dekonstruiert und teilweise neu gezogen (s. etwa die Entstehung des Süd-Sudan oder des Kosovo). Die territoriale Entgrenzung in Konfliktsituationen meint, dass entweder weitere Territorien zum Konfliktgegenstand werden oder sich die Kampfhandlungen de facto ausweiten und der Konflikt auf anderem Territorium ausgetragen wird. Der selbsternannte »Islamische Staat« (IS) ist beispielsweise sowohl auf syrischem als auch irakischem Territorium aktiv und versucht auf den Territorien beider Staaten und darüber hinaus, einen eigenen Staat zu errichten. Kampfhandlungen auf anderes Gebiet zu verlagern, der Rückzug der Kampfverbände in Nachbarstaaten oder die Reproduktion des Konflikts in entfernten Regionen (beispielsweise in Staaten mit großen Diasporagruppen, politischen SympathisantInnen oder religiösen AnhängerInnen) sind Beispiele für die territoriale Entgrenzung von Konflikten (Gleditsch 2009). Neben dieser Entgrenzung der Gewaltkommunikation ist aber auch der Aufbau von politischen Organisationseinheiten der Konfliktparteien in Drittstaaten gemeint (Khatib 2012: 8-10; Huang 2016), der die Grundlage für die kommunikative Entgrenzung bilden kann. Durch diese territoriale Entgrenzung der Konfliktpartei und des Konfliktthemas wird die Verdichtung kommunikativer Erreichbarkeit hergestellt und der konfliktspezifische Kommunikationsraum weitet sich über die territorialen Grenzen des Staates hinweg aus.

Viele nichtstaatliche Konfliktparteien, die an der Herstellung von Anschlussfähigkeit im weltpolitischen System interessiert sind, bauen neben dem militärischen Arm einen politischen Arm aus, der die Kommunikation zu weiteren politischen Akteuren organisiert und bei der Herstellung einer Weltöffentlichkeit oft höchst professionell agiert. Dieser politische Arm ist explizit darauf ausgerichtet, die

Kommunikation zu anderen politischen Akteuren aufzubauen und zu stabilisieren (Huang 2016: 94). Dabei wird der Aufbau von politischen Büros vor allem in solchen Städten relevant, in denen politische Institutionen, wie IOs, *non-governmental organizations* (NGOs) oder gewichtige Regierungen angesiedelt sind, um so Themen und Konfliktnarrative politisch effektiv platzieren zu können. Das Hauptziel der Öffentlichkeitsarbeit der *Liberation Tigers of Tamil Eelam* (LTTE) bestand etwa darin, auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen und die internationale Unterstützung für die Ziele der TamilInnen zu erhöhen; dafür unterhielt sie Ende der 1990er Jahre in mindestens 54 Ländern Büros (Chalk 2000). Durch die räumliche Nähe kann der Strukturaufbau zu relevanten politischen Akteuren besser organisiert und auch trotz zeitweiligen Kommunikationsunterbrechungen aufrechterhalten werden. Zur Überprüfung der territorialen Entgrenzung der nichtstaatlichen Konfliktpartei gilt es die Materialisierung von Kommunikationsstrukturen auf anderen Territorien festzustellen: Differenziert sich die Organisations- und Repräsentationsstruktur des politischen Arms über den nationalen Kontext weiter aus? Werden Lobbybüros in Ländern eröffnet, die den Hauptsitz von IOs stellen?

3.2. *Symbolische Entgrenzung und Neueingrenzung*

Symbolische Grenzen beziehen sich zunächst auf die Identitätskonstruktionen von Staaten. Sie zielen darauf ab, ein nationales Wir-Gefühl zu konstruieren und die identitäre Abgrenzung der Nation nach außen zu befördern (Anderson 2005). Der Inklusion der gesamten Bevölkerung in eine Nation stehen jedoch vielfältige soziale Prozesse und Antagonismen innerhalb der Bevölkerung entgegen, sodass eine einheitliche kollektive Identität kaum konstruiert werden kann.

Die symbolische Entgrenzung und Neueingrenzung in Konfliktsituationen bezeichnet den Prozess der identitären Loslösung von der nationalstaatlichen Identität und die Konstruktion einer anderen kollektiven Identität (Bonacker 2006: 81; Stetter 2008: 106). Dies kann zu dauerhaften Identitätsbildungen jenseits nationalstaatlicher Grenzen führen (Horowitz 1985: 143-147). Diese Gruppengrenzen müssen immer wieder aktualisiert und reproduziert werden, sonst verlieren sie an Bedeutung. Symbolische Praktiken wie konfliktbezogene Demonstrationen, medienwirksame Aktionen, eigene Rituale usw. helfen dabei, die Gruppenidentität fortlaufend zu reproduzieren und auch über Zeit und Raum hinweg zu stabilisieren. Symbolische Grenzziehung zielt also darauf ab, Personen bestimmten Gruppen zuzuordnen und Gefühle der Gleichheit innerhalb der Gruppe zu erzeugen (Lamont/Molnár 2002: 168). Dies ist nicht nur im Rahmen eines Nationalstaates möglich, sondern auch über territoriale Grenzen hinweg, wie etwa an den (engen) Beziehungen zwischen einer Diaspora und Regierung oder ethnischer Gruppe zu erkennen ist. Der Aufbau identitärer Verbindungen zu anderen Konfliktparteien und Minderheitengruppen auf Grundlage gemeinsamer Ziele, Ideologien oder Feinde ist ebenfalls Zeichen für die symbolisch-identitäre Entgrenzung. Zur Überprüfung der symbolischen Entgrenzung gilt es, die Aktionen der Konfliktpartei in den Blick zu nehmen

und auf identitätsstiftende Narrative hin zu untersuchen. Wird eine transnationale Identität zur Diaspora aufgebaut? Werden Identitätsbezüge zu anderen Gruppen konstruiert?

3.3. Funktionale Entgrenzung und Neueingrenzung

Funktionale Grenzen bezeichnen die Grenzen von und zwischen den gesellschaftlichen Funktionssystemen wie z. B. Wirtschaft, Politik und Recht. Funktionale Grenzen dienen sowohl der Abgrenzung gegenüber anderen Systemen als auch der Inklusion von Individuen in Funktionssysteme über spezifische Rollen (Luhmann 1984: 575). Im Rahmen eines dynamischen und historisch-evolutionären Globalisierungsprozesses unterliegen die verschiedenen Funktionssysteme einem kontinuierlichen Anpassungsprozess, der mit Entgrenzungs- und Neueingrenzungsprozessen einhergeht (Stetter 2008: 101). Das politische System hat sich im 17. Jahrhundert segmentär in Nationalstaaten ausdifferenziert und ab Mitte des 18. Jahrhunderts ein System der Weltpolitik entwickelt, das durch den Aufbau von IOs und internationalen NGOs sowie Verträgen und Regimes geprägt wurde und entsprechende Strukturen institutionalisiert hat (Albert 2016: 89). Während politische Kommunikation gleichzeitig immer auch weltpolitische Kommunikation ist, meint die funktionale Entgrenzung des politischen Systems die konkrete Materialisierung und Institutionalisierung von Strukturen zu Adressaten bzw. zwischen Adressaten. Ersteres verweist also auf die Differenzierungsform, nach der (politische) Kommunikation immer nur global sein kann; und Letzteres meint die Stabilisierung von Kommunikationsstrukturen im weltpolitischen System.

Die funktionale Entgrenzung von Konflikten beschreibt den Strukturaufbau zwischen Konfliktparteien und Adressaten des weltpolitischen Systems. Durch die kommunikative Adressierung von IOs werden weitere Themen und Akteure integriert und das Konfliktsystem stabilisiert sich. Die Anschlussfähigkeit des Konfliktthemas im weltpolitischen System bei bestehender Exklusion aus dem nationalen Politiksystem stellt eine Sekundärinklusion für die nichtstaatliche Gruppe dar (kommunikative Berücksichtigung von Gruppen oder Themen im weltpolitischen System bei bestehender nationaler Exklusion). Diese trägt zwar nicht direkt zu einer Überwindung der nationalen Exklusion bei, kann aber die Bearbeitung des Konfliktes in (welt-)politischen Bahnen ermöglichen und Druck auf die nationale Regierung ausüben, grundlegende Menschenrechte einzuhalten (vgl. hierzu ähnlich Adamson 2005; Keck/Sikkink 1999). Zudem kann der innere Zusammenhalt gestärkt werden, da die eigenen Ziele durch globale Normen legitimiert werden.

Um Strukturen zu Organisationen aufzubauen, müssen die Konfliktparteien die Funktionslogik der Organisationen beachten: Themen in der Umwelt werden von Organisationen eher berücksichtigt, wenn sie ein für die IO relevantes Thema betreffen. Während der Kommunikationsaufbau prinzipiell zu allen IOs vorstellbar ist, ist zu erwarten, dass einige IOs eher von Konfliktparteien adressiert werden als andere. Im Anschluss an das Spiralmodell der Menschenrechte (Risse/Sikkink

1999: 17-24) sind für nichtstaatliche Konfliktparteien besonders solche Organisationen relevant, die sich mit den jeweiligen Konfliktt Themen auseinandersetzen; also z. B. Organisationen, die einen Schwerpunkt auf kulturelle und Identitätsrechte legen, die die Durchsetzung grundlegender Menschenrechte fokussieren oder solche, die Separationen von Gruppen in der Vergangenheit unterstützt haben. Auch die staatliche Konfliktpartei kann Erwartungen gegenüber der IO herausbilden, gründet diese aber eher auf Souveränitäts- oder Anti-Terror-Normen.

Durch die Positionierung der IO auf einer der beiden Seiten der Konfliktparteien ist sie kommunikativ in das Konfliktsystem inkludiert und trägt zur Strukturbildung und Formveränderung der Sozialstruktur des Konfliktes bei: Die IO ist Teil des Konfliktsystems. Bestimmen lässt sich eine funktionale Entgrenzung anhand der Rhetorik der Konfliktparteien und der IO: Rahmen die Konfliktparteien ihre Anliegen entsprechend globaler Normen, die von den IOs vertreten werden? Wie reagiert die IO auf die Inklusionsversuche? Adressieren die Konfliktparteien die IOs direkt? Liegen unterschiedliche, sich zum Teil widersprechende Normen vor (z. B. Menschenrechte vs. Anti-Terror-Norm), an die jeweils beide Konfliktparteien anschließen können? In letzterem Fall kann der gleichzeitige Anschluss beider Konfliktparteien an derselben IO zu einer Perpetuierung des Konfliktsystems beitragen, da beide Seiten Unterstützung aus dem weltpolitischen System erhalten (vgl. hierzu ausführlich Sienknecht 2018: 126-128).

3.4. Zusammenfassung: Entgrenzungsdimensionen

Die Unterscheidung entlang der funktionalen, territorialen und symbolischen Ent- und Neueingrenzung von Konflikten ermöglicht eine systematische und differenzierte Analyse der Verdichtung konfliktspezifischer Kommunikation über nationalstaatliche Grenzen hinweg. Bei der Unterscheidung zwischen den Entgrenzungsdimensionen handelt es sich um eine idealtypische Konzeptionierung. In der Praxis überlappen sich die Dimensionen in vielfältiger Hinsicht und verstärken sich zum Teil: So erleichtert beispielsweise eine große Diaspora auch den Aufbau von Lobbybüros in relevanten Städten; gleichzeitig ermöglichen diplomatische Vertretungen die funktionale Entgrenzung durch die staatliche Konfliktpartei. Zudem ist nicht in jedem Konflikt mit einer vergleichbaren Dreigliedrigkeit der Entgrenzung zu rechnen: Es ist durchaus vorstellbar, dass beispielsweise die physische Präsenz für die Adressierung von IOs durch die Digitalisierung der Kommunikationsmittel an Relevanz verliert. Das theoretische Modell ermöglicht es, die Diversität von Konflikten zu erfassen, da neben dem Strukturaufbau ins weltpolitische System auch andere Entgrenzungsprozesse wie die zuvor bereits thematisierte grenzüberschreitende Gewalt analysiert werden können. Dabei treten auch Hürden für Entgrenzungsprozesse in den Blick. Zentral sind hierbei beispielsweise die fehlende Ressourcenausstattung nichtstaatlicher Konfliktparteien, die den Aufbau von Büros und die Lobbyarbeit verhindert, oder fehlendes Wissen über etwaige Möglichkeiten des Strukturaufbaus ins weltpolitische System.

4. Der entgrenzte Konflikt zwischen der Türkei und der PKK: die Inklusion europäischer Institutionen durch die PKK

In vielen »innerstaatlichen«, ethnischen Konflikten der letzten Jahrzehnte lassen sich die zuvor beschriebenen Merkmale einer Konfliktentgrenzung beobachten. Beispielhaft hierfür stehen Konflikte wie der zwischen Serbien und der Befreiungsarmee des Kosovo (*Ushtria Çlirimtare e Kosovës*, UÇK), zwischen der Regierung Sri Lankas und der LTTE, zwischen der chinesischen Regierung und den TibeterInnen, zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (*Palestine Liberation Organization*, PLO) oder der Konflikt zwischen der Türkei und der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Diesen nichtstaatlichen Konfliktparteien ist gemein, dass sie über verschiedene Strategien die Herstellung einer breiten Weltöffentlichkeit und die Inklusion von IOs und NGOs auf ihrer Seite des Konfliktes verfolgen bzw. verfolgt haben. Die PLO hat es durch jahrelange Lobbyarbeit geschafft, Palästina mit großer Mehrheit von der UN-Generalversammlung als Beobachterstaat aufnehmen zu lassen. Die LTTE hat den Konflikt mit der Zentralregierung Sri Lankas durch zahlreiche Aktionen zu einem öffentlichkeitswirksamen Ereignis werden lassen, was nicht zuletzt durch die weltweit eröffneten Lobbybüros erreicht wurde (Chalk 2000). Der UÇK gelang es im Kosovo, den Eingriff der *North Atlantic Treaty Organization* (NATO) in den Konflikt zu befördern (Kuperman 2003: 68) und damit Erwartungen anderer Gruppen in Bezug auf die Unterstützung durch internationale Interventionen zu bestärken (Wolff 2008: 3).⁹ Die PKK hat in ihrer politischen Arbeit sowohl das globale Mediensystem durch den Aufbau eigener Fernsehsender, das Rechtssystem durch Nutzung des individuellen Klagerechts beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte als auch das weltpolitische System durch Inklusionsversuche europäischer Institutionen adressiert. Durch die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ab Anfang der 2000er Jahre ist eine besondere Anschlussfähigkeit der Kommunikation der Konfliktparteien zu erwarten. Gleichzeitig sind durch die Einordnung der PKK als Terrororganisation im Jahre 2002 durch die EU auch die Hürden einer Entgrenzung durch die nichtstaatliche Konfliktpartei sowie der Einfluss der Lobbyarbeit von staatlicher Seite zu beobachten, sodass der Konflikt mit seinen vielfältigen Entgrenzungs- und Neueingrenzungsprozessen nachfolgend als Fallbeispiel dient. Dabei stehen die Entgrenzungsprozesse nach Europa im Fokus des Interesses. Durch diese Zuspitzung werden andere Entgrenzungsprozesse des Konfliktes, wie etwa die regionale Komponente des Konfliktes durch Rückzugsräume und organisatorische Verflechtungen in Syrien, Irak und dem Iran, sowie lokale Bedingungen in der Türkei weitestgehend ausgeblendet.¹⁰

Der gewalttätige Konflikt zwischen der türkischen Regierung und der kurdischen PKK besteht seit 1984 und hat sich seitdem zu einem ausgewiesenen Bürgerkrieg

⁹ Interview mit einem Vertreter einer zivilgesellschaftlichen Organisation im Mai 2012 in Diyarbakir (Interview A4).

¹⁰ Für eine detaillierte Auseinandersetzung mit dem Konflikt vgl. Sienknecht (2018).

entwickelt, der bisher über 40.000 Todesopfer gefordert hat (UCDP/PRIO 2015). Die kurdische Bevölkerung stellt mit ca. 20 Millionen (rund 18 Prozent der türkischen Gesamtbevölkerung) die größte ethnische Minderheit in der Türkei dar und unterliegt seit der Gründung der Türkischen Republik einer systematischen politischen Exklusion (EPR o. D.). Diese ist aber aufgrund des prinzipiell inklusiven Nationenverständnisses der Türkei – alle KurdInnen werden als TürInnen angesehen – nicht umfassend, sondern wird erst dann wirkmächtig, wenn Forderungen nach ethnischen Rechten formuliert werden. Die Negierung der kurdischen Identität ging bis in die 1980er Jahre so weit, dass die Bezeichnung »Kurde« im offiziellen türkischen Diskurs verboten war (Somer 2004: 246-247; Bezwan 2008: 288; Gunter 2008: 64). Kurdische PolitikerInnen dürfen sich aber grundsätzlich zur Wahl stellen und haben in der Geschichte der Türkei wichtige politische Ämter bekleidet (Cornell 2001: 32). In den 1990er Jahren gingen mit der Forderung nach der Anerkennung ethnischer Rechte jedoch zahlreiche Parteischließungsverfahren einher, die oftmals mit dem Vorwurf der Unterstützung einer terroristischen Organisation gerechtfertigt wurden.¹¹

Mit der Gründung der PKK im Jahre 1978 hat sich eine Konfliktpartei auf kurdischer Seite herausgebildet, die die dauerhafte Repräsentation der KurdInnen beansprucht und in einen Machtkonflikt mit der türkischen Regierung eingetreten ist. Die PKK ist sehr hierarchisch organisiert. An der Spitze steht Abdullah Öcalan, der auch nach seiner Inhaftierung 1999 weiterhin als uneingeschränkter Führer angesehen wird. Der nunmehr 40-jährige Bestand der PKK ist unter anderem auf die Rückzugsmöglichkeiten in angrenzenden Staaten, wie Syrien, Libanon, dem Iran und dem Irak, zurückzuführen. Auch wenn die PKK keinesfalls von allen KurdInnen unterstützt wird, hat sie sich (auch durch gewalttätige Strategien) als zentrale Repräsentationsinstanz innerhalb der Türkei etabliert (Özcan 2006: 202). Während bis in die 1980er Jahre noch mehrere kurdische Gruppen existierten, die einen Vertretungsanspruch der KurdInnen erhoben, konnte sich die PKK infolge des Militärputsches von 1980 (auch gewaltsam) als größte kurdische Bewegung in der Türkei etablieren (Lüdemann-Dundua 2006: 195; Imset 1992: 29; Criss 1995: 19).¹² Sie kontrolliert darüber hinaus auch weite Teile der politischen Arbeit in Europa. So hat die PKK die kurdische Diaspora in den 1990er Jahren zu weiten Teilen dominiert und ähnlich repressiv gegenüber anderen kurdischen Organisationen in Europa reagiert wie innerhalb der Türkei. Durch die europäische Einordnung der PKK als Terrororganisation wurde das öffentliche Bekenntnis zur PKK eingeschränkt

11 Dies ist gegenwärtig auch bei der prokurdischen Demokratischen Partei der Völker (*Hal-kların Demokratik Partisi*, HDP) zu beobachten.

12 Hinsichtlich ihrer Akzeptanz als regionale Vertretungsinstanz aller KurdInnen, steht die PKK vor allem in Konflikt zur Kurdischen Regionalregierung (KRG) im Nord-Irak. Die KRG wurde während des Zweiten Golfkriegs (1990-1991) durch die internationale Gemeinschaft unterstützt und verfügt so bereits über Strukturen ins weltpolitische System, auf die sie im Zuge des Konfliktes mit dem »Islamischen Staat« zurückgreifen konnte. Dies wirkt sich auch auf die fehlende Akzeptanz der PKK im internationalen Gefüge aus.

und die Arbeit der Diaspora – nach eigener Aussage – »kriminalisiert«. ¹³ Da sich die Diaspora daraufhin diversifizierte und viele kurdische Organisationen primär als Menschenrechtsbewegungen definierten, sind die Beziehungen zur PKK schwer nachzuzeichnen (Baser 2011: 18). Neben Organisationen, die eindeutig der PKK zuzuordnen sind, werden daher in der Analyse auch Entgrenzungsstrategien solcher Organisationen berücksichtigt, die politisch ähnliche Ziele verfolgen und sich nicht explizit von der PKK distanzieren.

In den folgenden drei Unterkapiteln werden die territoriale, symbolische und funktionale Dimension der Entgrenzung und Neueingrenzung des innerstaatlichen Konfliktes nachgezeichnet. Hierfür wurden 26 Interviews mit EU-Abgeordneten, ExpertInnen und RepräsentantInnen kurdischer Organisationen geführt (s. Tab. 1 im Anhang), sowie Ergebnisse der Analyse von EU-Dokumenten herangezogen, um zu einer Einschätzung bezüglich der Entgrenzung des Konfliktes zu kommen.

4.1. *Territoriale Entgrenzung*

Die Grundlage für die territoriale Entgrenzung des Konfliktes zwischen der türkischen Regierung und der PKK wurde bereits mit den Migrationswellen der 1960er und 1980er Jahre gelegt, in denen neben GastarbeiterInnen aus der Türkei auch politische Flüchtlinge infolge des Militärputschs im Jahre 1980 nach Westeuropa migrierten. Hierunter befanden sich einige Führungsfiguren der PKK, die in europäischen Staaten politisches Asyl suchten und die liberal-demokratischen Strukturen für die politische Organisation in Europa nutzten. Dies bildete die Grundlage für die Politisierung der bis dahin weitestgehend apolitischen kurdischen Diaspora entlang der Positionen der PKK (Eccarius-Kelly 2002: 91). Zahlreiche Organisationen wurden in den 1980er Jahren in Staaten mit großen kurdischen Bevölkerungsanteilen aufgebaut, so in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Schweden, um die Verbindung zwischen Diaspora und Heimatethnie aufrechtzuerhalten und die politische Arbeit organisieren zu können. Dieser Prozess ereignete sich aber nicht zufällig, sondern war seit Mitte der 1980er Jahre in die Organisationsstruktur der PKK eingebaut. ¹⁴

Die PKK hat mit der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (*Eniya Rizgariya Netewa Kurdistan*, ERNK) bereits 1985 einen politischen Arm herausgebildet, der neben der Organisation von politischer Unterstützung, der Rekrutierung von KämpferInnen und der politischen Kommunikation in der Türkei für den Ausbau der auswärtigen Beziehungen in europäischen Staaten zuständig war. Neben Propagandaaktivitäten wurden in Europa Demonstrationen organisiert und Aufmerksamkeit in der europäischen Bevölkerung und Politik für die Ziele der PKK erzeugt (Gunter

13 Interview mit einem Mitglied des Kurdischen Nationalkongresses im Juni 2013 in Brüssel (Interview A13).

14 Interview mit einem Mitglied des Kurdischen Nationalkongresses im Juni 2013 in Brüssel (Interview A13).

2018: 196). Nach der Festnahme Öcalans und dem von ihm aus dem Gefängnis angeordneten Transformationsprozess der PKK wurde der ERNK zunächst in die Kurdisch Demokratische Volkunion (*Yekîtiya Demokratîk a Gelê Kurd*, YDK) und 2004 in die Koordination der Kurdisch-Demokratischen Gesellschaft in Europa (*Civata Demokratîk Kurdistan*, CDK) überführt, die die gesamte Arbeit in Westeuropa leitet und die Kommunikation der PKK koordiniert (Grojean 2011: 434). Seit den 1990er Jahren hat sich die politische Struktur der Diaspora somit professionalisiert (Baser 2011: 9): Es wurden Büros, Organisationen und kurdische Institute aufgebaut, Internetseiten erstellt und in europäische Sprachen übersetzt, sowie Aktionsbündnisse und Repräsentationsinstanzen gegründet. Auf diese Weise hat die PKK ihre kommunikative Anschlussfähigkeit in Europa erweitert und gesichert, wurde als Konfliktpartei in Europa adressierbar und stabilisierte sich gegen die Ablehnung ihrer Kommunikation im türkischen Politiksystem einerseits und fehlende Anschlussmöglichkeiten bei europäischen Institutionen andererseits.

Der Kongress der Kurdischen Demokratischen Gesellschaft in Europa (*Kongreya Civakên Demokratîk a Kurdistanîyên Ewropa*, KCD-E)¹⁵ stellt die zentrale und größte Organisation aller kurdischen Verbände im Exil dar und hat ihren Hauptsitz in Brüssel. Die Dachorganisation bildet die organisationale Struktur der PKK in Europa und umfasst Unterorganisationen in Deutschland, Österreich, Belgien, Schweden, Frankreich, den Niederlanden, der Schweiz, Australien und Kanada (Gunter 2018: 185). Der Kongress ist darüber hinaus weiter unterteilt in Untereinheiten für Studierende (*Yekîtiya Xwendekarên Kurdistan*, YXK), Jugendliche (*Komalên Ciwan*) und Frauen (*Yekîtiyen Jina Azad*, YJA). Die Einheiten sind in verschiedenen Städten Europas institutionalisiert und verbreiten Informationen über die Situation der KurdInnen und ihren Konflikt mit der Türkei. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, die Vernetzung der kurdischen Diaspora in Europa zu organisieren, sodass diese zu bestimmten Ereignissen mobilisiert werden kann, um international Aufmerksamkeit zu erzeugen und Unterstützung für den Konflikt zu generieren.¹⁶ Der Kongress ist eng mit der PKK verbunden.

Bereits 1995 wurde das kurdische Exilparlament in Den Haag aufgebaut. Der Kurdische Nationalkongress (KNK) stellt seit 1999 die Nachfolgeorganisation des Exilparlaments dar, deren Hauptsitz nach Brüssel verlegt wurde. Der KNK erhebt den Anspruch, die kurdische Bevölkerung insgesamt zu vertreten (Baser 2011: 16) und setzt sich nach eigenen Angaben aus RepräsentantInnen der vier Länder mit großer kurdischer Bevölkerung (Iran, Irak, Syrien und Türkei), der kurdischen Diaspora sowie unabhängigen Individuen zusammen, die regelmäßig gewählt werden.¹⁷ Die Aufgabenbeschreibung des KNK reicht von der programmatischen Ent-

15 Bis 2014 wurde der KCD-E als Konföderation der Kurdischen Vereine in Europa (*Konfederasyona Komelên Kurd Li Avrupa*, KON-KURD) bezeichnet.

16 Interview mit einem Mitglied des Kurdischen Nationalkongresses im Juni 2013 in Brüssel (Interview A13); Interview mit einem Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) im Juni 2013 in Berlin (Interview A17); Interview mit einem Experten zur Türkei im Januar 2012 in Berlin (Interview A16).

17 Facebook-Seite des KNK; <https://de-de.facebook.com/KurdistanNationalCongress/>; 19.2.2018.

wicklung des Schutzes der politischen, sozialen und kulturellen Rechte der KurdInnen, über die Beendigung der Unterdrückung der Frauen, bis hin zur Herstellung von Anschlussfähigkeit in IOs wie der UN, dem Europarat, dem Europäischen Parlament, und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Er ist dabei unter der gleichen Adresse in Brüssel verzeichnet wie der KCD-E. Der Nationalkongress ist in verschiedene Arbeitseinheiten aufgeteilt und hat eigens Untereinheiten für Außenbeziehungen und Public Relations aufgebaut, um die politische Kommunikation nach außen zu strukturieren. Das übergeordnete Ziel des KNK besteht darin, die internationale Aufmerksamkeit auf die Situation der KurdInnen und die Menschenrechtsverletzungen an ihnen zu lenken (Gunter 2018: 180-181). Hierfür nutzt der KNK auch seine Kontakte zu beim UN-Menschenrechtsrat akkreditierten NGOs, die mit ihrem Rederecht kurdische Anliegen direkt in den Rat einbringen können.¹⁸ Neben dieser Sprachrohrfunktion von NGOs spielen Menschenrechtsorganisationen nicht zuletzt als epistemologische Ressourcen eine Rolle. Die Gründung des Exilparlaments und des KNK unterstreichen die Bedeutung Europas für die politische Organisation und Arbeit der PKK, um das Thema im weltpolitischen System anschlussfähig zu machen und direkte Kontakte zu europäischen Organisationen aufzubauen.

Insgesamt kann die Organisationsstruktur der KurdInnen in Europa als höchst professionalisiert und institutionalisiert beschrieben werden. Der Ausdifferenzierungsgrad der zentralen kurdischen Organisationen entlang verschiedener Themenstränge und Adressaten zeigt die tiefe Verwurzelung der PKK in Europa und ist gleichzeitig Zeichen für die Politisierung der kurdischen Diaspora (Eccarius-Kelly 2002: 91; Baser 2011: 16; Grojean 2011). Die zu Beginn ihrer Gründung primär auf regionalem Territorium zu verortende Konfliktpartei PKK hat durch die Materialisierung und Institutionalisierung von Kommunikationsstrukturen zu einer Verdichtung der Konfliktkommunikation über das türkische Gebiet hinaus nach Europa beigetragen. Wurde mit der Gründung der ERNK Mitte der 1980er Jahre bereits die organisatorische Grundlage für die territoriale Entgrenzung nach Europa gelegt, unterstreicht der Einsatz von Ressourcen für den Ausbau vielfältiger Organisationsstrukturen in Europa ab den 1990er Jahren die Bedeutung, die europäischen Organisationen für den Konflikt zugeschrieben wird (s. Kap. 4.3). Durch die Materialisierung der Kommunikationsstrukturen ab Mitte/Ende der 1990er Jahre legt die PKK die Grundlage dafür, dass der Konflikt dauerhaft im weltpolitischen System reproduziert werden kann.

4.2. *Symbolische Entgrenzung*

Für eine territorial entgrenzte Konfliktpartei wandelt sich auch das Zielpublikum. Nicht mehr ausschließlich die Bevölkerung in der Türkei oder den angrenzenden

18 Interview mit einem Mitglied des Kurdischen Nationalkongresses im Juni 2013 in Brüssel (Interview A13).

Staaten ist für die Arbeit der Konfliktpartei relevant, sondern auch die Mitglieder der kurdischen Diaspora und europäischen Öffentlichkeit, sowie die entsprechenden Regierungen und IOs gewinnen an Bedeutung. Mit ca. 1 bis 1,5 Millionen KurdInnen in Westeuropa besteht eine große Zahl an potenziellen UnterstützerInnen für den Konflikt in der Türkei (International Crisis Group 2012).¹⁹ Das Ziel der symbolischen Entgrenzung besteht darin, die transnationale Identitätsstruktur zwischen Heimatethnie und Diaspora zu festigen.

Die Identitätsstrukturen werden auf vielfältige Weise aufgebaut und aktualisiert. Hierfür sind die zahlreichen kurdischen Organisationen zentral, die ein Netz zwischen Diaspora und PKK entspannen und ein gemeinsames Konflikt narrativ erzeugen. Durch politische Aktionen in Europa werden an Jahrestagen von konfliktspezifischen Entwicklungen und zu bestimmten Ereignissen wie der Festnahme Öcalans (15. Februar), dem Neujahrsfest *Newroz* (20./21. März), dem Geburtstag Öcalans (4. April) oder dem Tag der Arbeit (1. Mai) Tausende KurdInnen für Kundgebungen und Demonstrationen mobilisiert (Grojean 2011: 193).²⁰ Auf diese Weise wird die Einheit zwischen den KurdInnen symbolisch inszeniert. Die Anzahl der Teilnehmenden unterstreicht die Professionalität der zuvor dargestellten Organisationsstruktur und die Politisierung und Identifikation der Diaspora mit dem Konflikt. Daneben werden weitere Aktionen wie Spontandemonstrationen, Diskussionsveranstaltungen oder Kulturfeste organisiert. Ziel dieser Aktionen ist es einerseits, den inneren Zusammenhalt zwischen Diaspora und Heimatethnie zu stärken, und andererseits, die europäische Öffentlichkeit auf den Konflikt aufmerksam zu machen und die breite Unterstützung für die PKK zu unterstreichen.²¹ Neben der klassischen Lobbyarbeit gegenüber europäischen Organisationen führt die Konfliktpartei auch politische Aktionen durch, die die Aufmerksamkeit auf die Situation der KurdInnen und den Konflikt lenken sollen. Verschiedene Aktionen machen zudem auf die Situation Öcalans aufmerksam, wie etwa Petitionen (*Petition Free Öcalan*), Kampagnen (*Art for Öcalan* oder die *Free-Öcalan-Bustour*) oder *Free-Öcalan-Mahnwachen*, Lesungen, Informationsveranstaltungen etc. (International Initiative »Freedom for Öcalan – Peace in Kurdistan« o. D.).

Bei den öffentlichen Veranstaltungen kurdischer Organisationen in Europa äußert sich das symbolische Kapital zum einen an der hohen Anzahl an Teilnehmenden und zum anderen an der klaren Identifikation der Gruppe durch entsprechende Flaggen, Plakate und Sprechgesänge. Die kurdischen Kennzeichen dienen dem inneren Zusammenhalt, spiegeln die Größe und Stärke der Bewegung wider und er-

-
- 19 Eine genauere Angabe ist schwierig, da die Aufnahmeländer nicht nach ethnischer, sondern nach nationalstaatlicher Zugehörigkeit differenzieren.
- 20 In den 1980er und 1990er Jahren wurden ca. 170 Demonstrationen jährlich in Europa organisiert, vgl. Grojean (2011: 193). Die marxistisch-leninistische Ausrichtung der PKK und die Mobilisierung zu entsprechenden Feiertagen ermöglichen darüber hinaus die Anschlussfähigkeit an sozialistische Gruppen in Europa sowie an die europäische Linke.
- 21 Interview mit einem Journalisten im April 2012 in Istanbul (Interview A5); Interview mit einem Mitglied einer zivilgesellschaftlichen Organisation im Juni 2013 in Brüssel (Interview A8); Interview mit einem Mitglied des Kurdischen Nationalkongresses im Juni 2013 in Brüssel (Interview A13).

zielen einen hohen Wiedererkennungswert nach außen. Die Adressierung der Öffentlichkeit und der Versuch der Beeinflussung der öffentlichen Meinung ist Teil der symbolischen Entgrenzungsstrategie der PKK in Europa und markiert einen wichtigen Schritt, um den Konflikt aus seiner nationalstaatlichen Begrenzung zu lösen.

In ihrer Öffentlichkeitsarbeit greift die PKK auf verschiedene Medienformate zurück. So hat die Errichtung von Satellitensendern, wie *Med-TV* in Großbritannien (bis 1999), *Medya-TV* in Frankreich (bis 2004) und *Roj-TV* in Dänemark (bis 2013, seitdem nur noch online abrufbar) eine zentrale Rolle in der Erzeugung einer eigenen Konfliktrealität und gemeinsamen Identität gespielt. Durch die Satellitensender auf europäischem Boden konnten die türkischen Gesetze zum Verbot der kurdischen Sprache in der Öffentlichkeit umgangen werden und stellten so vor allem in den 1990er und 2000er Jahre ein zentrales Instrument zur kollektiven Identitätskonstruktion zwischen kurdischer Heimatethnie und Diaspora dar.²² Durch die Gründung eigener Mediensender und die Akkreditierung als MedienvertreterInnen haben kurdische JournalistInnen vor allem in den 1990er und beginnenden 2000er Jahren Zugang zu europäischen Institutionen erhalten. Die exklusiven Interviewsituationen wurden auch dazu genutzt, die Konfliktdeutung zu platzieren, Informationen über den Konflikt zu vermitteln und so Anschlussfähigkeit bei den politischen RepräsentantInnen zu erzielen.²³ Das bereits zuvor angeführte Interesse von europäischen PolitikerInnen an der politischen Situation in der Türkei hat den Zugang für kurdische JournalistInnen erleichtert. Mit der Einordnung der PKK als Terrororganisation im Jahre 2002 hat jedoch die Bereitschaft europäischer Abgeordneter, mit kurdischen VertreterInnen zu reden, stark abgenommen.²⁴ Vielfältige Lobby-Prozesse der türkischen Regierung und die Verbindungen der Medienanstalten zur PKK haben zudem immer wieder dazu geführt, dass die kurdischen Fernsehsender geschlossen wurden (Ayata 2011). Mit dem Aufbau eines eigenen kurdischsprachigen Senders in der Türkei (TRT6 im Jahre 2009) trug die türkische Regierung weiterhin zum Relevanzverlust kurdischer Fernsehsender bei. Gleichzeitig hat sich im Verlauf der 2000er Jahre das Internet als zentrale Informationsplattform der KurdInnen innerhalb der Türkei und Europas etabliert, sodass die Bedeutung von Fernsehsendern insgesamt abgenommen hat.

Die PKK betreibt Internetseiten in verschiedenen Sprachen und gewährleistet so vielfältige Anschlussmöglichkeiten, auch für Personen, die des Kurdischen nicht mehr mächtig sind. Die offizielle Homepage der PKK ist auf Kurdisch, Türkisch, Englisch, Arabisch, Sorani und Farsi abzurufen.²⁵ Darüber hinaus nutzt die PKK einen *Twitter*-Account, verschiedene Blogs und Diskussionsforen, *Facebook* und

22 Interview mit einem Mitarbeiter der SWP im Juni 2013 in Berlin (Interview A17).

23 Interview mit einem ehemaligen Abgeordneten des Europaparlaments im April 2012 in Istanbul (Interview A18).

24 Interview mit einem Mitglied einer zivilgesellschaftlichen Organisation im Juni 2013 in Brüssel (Interview A8); Interview mit einem ehemaligen Abgeordneten des Europäischen Parlaments im April 2012 in Istanbul (Interview A18); Interview mit einem Mitarbeiter der SWP im Juni 2013 in Berlin (Interview A17).

25 Vgl. www.pkkonline.net; 28.2.2018.

YouTube, diverse Zeitungen und Magazine sowie spezialisierte Monatszeitschriften für die Jugend und Frauen, um ihre Ziele zu verbreiten.

Der Aufbau eigener Medienformate bietet vielfältige Vorteile für die Konfliktpartei, da diese so eine eigene Realität erzeugen und identitätsstiftende Narrative transportieren kann. Damit einher geht, dass so die »eigenen« und »wahren« Informationen über den Konflikt verbreitet und die Selbstkonstruktion der PKK als Befreiungsorganisation und legitime Vertretungsinstanz der KurdInnen vermittelt werden können. Die Ausweitung des AdressatInnenkreises der Konfliktkommunikation, die Versuche des transnationalen Identitätsaufbaus und der Aufbau eigener Medienanstalten als Sprachrohr der Konfliktkommunikation sind klare Zeichen für die symbolische Entgrenzung des Konfliktes durch die nichtstaatliche Konfliktpartei.

4.3. Funktionale Entgrenzung

Durch eine funktionale Entgrenzung des Konfliktes wird kommunikativer Anschluss bei Organisationen des weltpolitischen Systems hergestellt. Die PKK hat seit Ende der 1980er Jahre die Bedeutung und Verantwortung der europäischen Institutionen für die Konfliktlösung unterstrichen und seitdem versucht, diese in den Konflikt zu inkludieren (Yildiz 2005). Kurdische VertreterInnen haben bis Mitte der 1990er Jahre vor allem Informationen für europäische Abgeordnete bereitgestellt und über die Situation der KurdInnen in der Türkei informiert.²⁶ Die Anschlussfähigkeit dieser frühen Inklusionsversuche durch kurdische Organisationen zeigt sich daran, dass zwischen 1989 und 1994 erstmals fünf Resolutionen im Europäischen Parlament eingebracht wurden, die explizit die Situation der KurdInnen adressierten und sechs weitere Resolutionen, die die generelle Menschenrechtssituation in der Türkei thematisierten (Casier 2011: 200).

Im Fokus der Inklusionsversuche durch kurdische RepräsentantInnen standen vor allem Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEPs), da diese aufgrund thematischer Überschneidungen offen für die bereitgestellten Informationen über Menschenrechtsverletzungen in der Türkei waren. In den 1990er Jahren wurden von europäischer Seite konkrete Forderungen gegenüber der türkischen Regierung formuliert, sodass sich wechselseitige Strukturen zwischen kurdischen Organisationen und europäischen RepräsentantInnen (vor allem MdEPs) aufbauten.²⁷ Zugute kam den kurdischen Organisationen dabei, dass von europäischer Seite spätestens seit dem Beitritt der Türkei zur Westeuropäischen Union (WEU) im Jahre 1992 und dem Aufbau einer Zollunion (1996) sowie den Vorbereitungen der Aufnahme von Beitrittsgesprächen ein genuines Interesse an der politischen Situation in der Türkei bestand. Im Jahre 1995 wurde der kurdischen Politikerin Leyla Zana vom Europa-

26 Interview mit einem Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Januar 2012 in Straßburg (Interview A20); Interview mit einem Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Januar 2012 in Straßburg (Interview A21).

27 Interview mit einem ehemaligen Abgeordneten des Europaparlaments im April 2012 in Istanbul (Interview A18).

parlament der Sacharow-Preis verliehen. Zana wurde in der Türkei wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation (der PKK) zu 15 Jahren Haft verurteilt, nachdem sie in Anschluss an ihre parlamentarische Vereidigung im Jahre 1991 in der türkischen Nationalversammlung einen kurdischen Satz hinzugefügt und sich in diversen Reden und Schriften für die Verbesserung der Situation der KurdInnen eingesetzt hatte. Das kurzzeitige Aussetzen des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses (GPA) zwischen europäischen und türkischen Abgeordneten (zwischen 1994 und 1995) und der Aufschub des türkischen Beitritts zur Zollunion aufgrund fehlender demokratischer Reformen im Jahre 1994 sind weitere Zeichen für die Anschlussfähigkeit der kurdischen Seite und die Institutionalisierung der Strukturen (Europäisches Parlament 2009: 4). Die seit 1998 jährlich veröffentlichten *Progress Reports* zur Türkei durch die Europäische Kommission zeigen darüber hinaus eine klare Unterstützung für die Durchsetzung grundlegender Menschenrechte in der Türkei, die seitens der PKK als Unterstützung ihrer Ziele gewertet wurde.²⁸ Die Grundlage für die kommunikative Inklusion europäischer Organisationen zu Beginn der 1990er bildeten also vornehmlich Verletzungen grundlegender Menschenrechtsnormen unter dem Status des Ausnahmezustands im Südosten der Türkei (Kurban 2013: 2).

Neben den politischen Institutionen nutzen kurdische VertreterInnen seit 1987 auch das individuelle Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, um den Konflikt kommunikativ zu entgrenzen und Legitimität herzustellen. Bis 2009 wurden insgesamt 27.196 Beschwerden gegen die Türkei eingereicht und bis 2013 3.000 Urteile verhängt (Reppell 2015). Die meisten Urteile beziehen sich auf Verstöße gegen den Zugang zu einem fairen und zeitgerechten Verfahren und Verstöße gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung (vgl. Reppell 2015). Entscheidend für die hohe Anzahl an Klagen von kurdischer Seite ist u. a. das *Democratic Peace Institute* (DPI), vormals *Kurdish Human Rights Project* (KHRP), das sich für eine friedliche Konfliktlösung einsetzt und in den 1990ern Anwaltsschulungen im Südosten der Türkei zur individuellen Klageführung vor dem EGMR durchgeführt hat. Das DPI ist eine unabhängige NGO, die Informationen und Anleitungen zur Nutzung internationaler Menschenrechtsmechanismen bereitstellt.²⁹ Während das DPI unabhängig von der PKK operiert, hat letztere die Urteile genutzt, um die eigenen Forderungen in Einklang mit der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) zu legitimieren und den Rückhalt in der (europäischen) Bevölkerung zu stabilisieren.

Mit der Aufnahme der Türkei als EU-Beitrittskandidatin (1999) wurden von kurdischer Seite hohe Erwartungen zur Lösung des Konfliktes innerhalb europäischer

28 Interview mit einem Mitglied des Kurdischen Nationalkongresses im Juni 2013 in Brüssel (Interview A13).

29 Dies umfasst Anleitungen wie etwa »Taking Human Rights Complaints to UN Mechanisms«, »Taking Human Rights Complaints to the OSCE, European Parliament and Council of Europe« und »Taking Cases to the European Court of Human Rights« (Kurdish Human Rights Project 2010).

Bahnen verbunden.³⁰ Nach der Festnahme Öcalans (1999) und der ihm drohenden Todesstrafe hat die PKK im Rahmen ihres »demokratischen Transformationsprozesses« den Kampf in der Türkei weitestgehend eingestellt und die politische Arbeit in den Vordergrund gerückt. Zentrales Ziel bestand darin, die PKK als legitime Vertretungsinstanz auf europäischer Ebene durchzusetzen. Dies zeigt sich auch daran, dass die PKK von ihrer Forderung nach einem eigenen kurdischen Staat abrückte (Marcus 2007) und in Einklang mit europäischen Normen die umfassende Anerkennung der kurdischen Identität durch die Gewährleistung sozialer und kultureller Rechte forderte (Kurban 2013: 3). Die Kopenhagener Kriterien, die Europäische Menschenrechtskonvention und das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten vom Europarat (Europarat 1995) wurden von kurdischen Gruppen wie dem KNK und dem KCD-E als normative Werkzeuge genutzt, um kurdische Forderungen stärker an europäische Normen zu koppeln (Kurban 2013: 3).³¹

Das Europäische Parlament war auch in den 2000er Jahren Hauptadressat kurdischer Forderungen – hierbei spielen Abgeordnete mit kurdischen Wurzeln ebenso eine Rolle wie MdEPs, die sich für Menschen- und Minderheitenrechte einsetzen und dem linken Parteienspektrum zuzuordnen sind. Beispielhaft kann hier die Abgeordnete Feleknas Uca angeführt werden, die in ihrer Funktion als Europaabgeordnete (1999-2009) in verschiedenen Gremien zur Thematisierung der kurdischen Situation auf europäischer Ebene beigetragen hat. Anhand der Resolutionen und parlamentarischen Fragen wird jedoch deutlich, dass das Thema der Anerkennung der kurdischen Identität längst nicht so umfassend durch die europäischen Institutionen unterstützt wird wie noch die Durchsetzung grundlegender Menschenrechte. Dies hängt unter anderem damit zusammen, dass die EU keinen einheitlichen Standpunkt in Bezug auf kollektive Rechte von Minderheiten vertritt.

Die Listung der PKK als Terrororganisation durch die EU im Jahre 2002 markierte zudem einen radikalen Bruch in den Beziehungen der PKK zu den europäischen Organisationen. Auf diese Weise wurde das zentrale Ziel der PKK – nämlich, als legitime Vertretungsinstanz der KurdInnen und Verhandlungspartnerin zur Lösung des Konfliktes in Europa anerkannt zu werden – konterkariert. Diese Entscheidung wird halbjährlich durch die AußenministerInnen der EU im Rat aktualisiert und steht in engem Zusammenhang mit dem intensiven Lobbyprozess der Türkei und ihrem direkten Zugang zu europäischen Institutionen. Neben den bereits verhängten Betätigungsverboten der PKK in den 1990er Jahren in Deutschland und Frankreich

-
- 30 Interview mit einem Mitglied einer zivilgesellschaftlichen Organisation im Mai 2012 in Diyarbakir (Interview A4); Interview mit einem Mitglied einer zivilgesellschaftlichen Organisation im Mai 2012 in Diyarbakir (Interview A1); Interview mit einem Mitglied einer zivilgesellschaftlichen Organisation im Mai 2012 in Diyarbakir (Interview A3); Interview mit einem Mitglied einer zivilgesellschaftlichen Organisation im Mai 2012 in Diyarbakir (Interview A6); Interview mit einem ehemaligen Abgeordneten des Europäischen Parlaments im April 2012 in Istanbul (Interview A18).
- 31 Interview mit einem Mitglied einer zivilgesellschaftlichen Organisation im Mai 2012 in Diyarbakir (Interview A4); Interview mit einem Mitarbeiter der SWP im Juni 2013 in Berlin (Interview A17).

(Bundesamt für Verfassungsschutz 2015: 18) wurde die PKK somit auch auf europäischer Ebene delegitimiert. Die Sekundärinklusion wandelte sich in eine doppelte Exklusion der PKK aus dem nationalen und weltpolitischen System. Diverse Transformationsprozesse der PKK, die mit Namens- und Programmänderungen einhergingen, haben die Einordnung als Terrororganisation nicht aufgehoben. Das erneute Aufflammen der gewalttätigen Auseinandersetzung mit der türkischen Regierung im Jahr 2004 zog zudem eine eindeutige Schuldzuschreibung gegenüber der PKK durch die EU nach sich. Der wachsende Abstand zwischen kurdischen Forderungen und europäischen Reaktionen führte in den späten 2000er Jahren dazu, dass die KurdInnen ihre Ressourcen wieder verstärkt auf nationaler Ebene kanalisieren (Kurban 2013: 3).

Die Analyse hat gezeigt, dass kurdische Organisationen seit den späten 1980ern verschiedene Strategien verfolgten, um europäische Institutionen direkt zu adressieren und auf ihrer Seite in den Konflikt zu inkludieren. Die Position der europäischen Institutionen lässt sich vor allem in den 1990er Jahren klar auf Seiten der KurdInnen verorten, was neben den EGMR-Urteilen anhand diverser Anfragen und Resolutionen im Parlament, an den jährlichen *Progress Reports* der Europäischen Kommission und der Einrichtung eines Monitoringausschusses für die Türkei durch den Europarat (Europarat 1998) deutlich wird (Casier 2011: 199). Über den normativen Anschluss an die Durchsetzung grundlegender Menschenrechte und der Interpretation der eigenen Situation in dem entsprechenden Normenkanon konnten kurdische Organisationen zur funktionalen Entgrenzung des Konflikts beitragen. Die Kommunikationsstrukturen zwischen der PKK und europäischen Institutionen haben sich institutionalisiert und die kurdische Seite wurde klar unterstützt.

Die im Zuge der Vorbereitungen des Beitrittsprozesses erfolgte Öffnung der türkischen Regierung gegenüber der kurdischen Bevölkerung und die damit einhergehende Anerkennung grundlegender Rechte haben neben der Einordnung der PKK als Terrororganisation dazu geführt, dass das Konfliktnarrativ auf europäischer Ebene nicht mehr in vergleichbarer Hinsicht anschlussfähig blieb. Der Konflikt wird seit Mitte der 2000er Jahre zwar auch weiterhin in europäischen Foren diskutiert, die Unterstützung für die kurdische Sache ist jedoch nicht mit den 1990ern vergleichbar und hat eine klare Erwartungsenttäuschung vonseiten der PKK und kurdischen Organisationen hervorgerufen.³² Die Inklusion europäischer Institutionen in den Konflikt ist weiterhin gegeben, allerdings wurde diese durch die kontinuierliche Listung der PKK zugunsten der türkischen Regierungsseite aufgelöst. Gegen Ende der 2000er Jahre verliert die EU für beide Konfliktparteien an Bedeutung. Zeichen hierfür ist der 2009 initiierte Friedensprozess zwischen türkischer Regierung und PKK, an dem die EU nicht beteiligt war. Die Strukturen zwischen den Organisationen zeigen bis zum Ende des Untersuchungszeitraums (2013), dass die Inklusionsversuche von kurdischer Seite abgenommen haben.

32 Interview mit einem Mitglied des Kurdischen Nationalkongresses im Juni 2013 in Brüssel (Interview A13).

5. Fazit

Das Konfliktsystem zwischen türkischer Regierung und der PKK hat sich im Laufe seiner Existenz kommunikativ entgrenzt und weltpolitische Bedeutung erlangt. Dies wird an der Materialisierung und Institutionalisierung von Kommunikationsstrukturen in territorialer, symbolischer und funktionaler Hinsicht über nationalstaatliche Grenzen hinweg deutlich. Anhand der Analyse der wechselseitigen Kommunikationsprozesse zwischen nichtstaatlicher Konfliktpartei und Internationalen Organisationen lässt sich die Inklusions- und Exklusionslogik von Entgrenzungsprozessen sinnvoll veranschaulichen. *Zum einen* wird deutlich, dass nichtstaatliche Konfliktparteien aktiv versuchen, IOs in den Konflikt zu inkludieren. Dies stellt die grundsätzlich angenommenen Kommunikationswege zwischen formal gleichen Einheiten infrage und macht deutlich, dass ein gemeinsamer normativer Bezugspunkt für den Kommunikationsaufbau ausreichend ist. Die Menschen- und Minderheitenrechte umfassen somit auch ein Mobilisierungselement, welches dazu beiträgt, dass Konfliktparteien Anschluss im weltpolitischen System suchen. Ist die Kommunikation bei IOs anschlussfähig, dann lässt sich nicht mehr von einem »außen« der IOs sprechen, sondern diese sind in den Konflikt inkludiert. Mittels der eingenommenen kommunikationstheoretischen Perspektive auf Konflikte kann dieser Strukturbildungsprozess nachvollzogen werden.

Zum anderen verdeutlichte die Analyse, dass der Anschluss des Konfliktthemas sowohl zu einer Sekundärinklusion führen als auch die Exklusion einer Gruppe reproduzieren kann. Die kontinuierliche Listung der PKK als Terrororganisation ab 2002 vonseiten der EU zeigt, dass die Thematisierung und Verhandlung eines Konfliktes in weltpolitischen Strukturen nicht einseitig rückgängig zu machen ist. Zwar besteht die Möglichkeit, dass das Thema im weltpolitischen System an Relevanz verliert und von der Agenda verschwindet, aber darauf hat die Konfliktpartei wenig Einfluss. Gleichzeitig zeigen die Diskussionen um die Streichung der PKK von der Terrorliste im Zuge der Bekämpfung des »IS« und der Unterstützung von PKK-Ablegern in Syrien nach 2013, dass die Exklusion/Inklusion ins weltpolitische System ein äußerst dynamischer Prozess ist. Wandelt sich der internationale Diskurs und kurdische PKK-KämpferInnen werden im Kampf gegen andere – als Feinde konstruierte – Gruppen relevant, dann kann die Konfliktpartei auch eine internationale Aufwertung erfahren und (wieder) anschlussfähig werden. Ebenso tragen Entwicklungen innerhalb der Türkei nach dem verhinderten Putschversuch (2016) und dem daran anschließenden Kurs gegen politische GegnerInnen dazu bei, dass sich die Anschlussfähigkeit der türkischen Regierung bei europäischen Organisationen verändert und dies erneute Inklusionsmöglichkeiten für kurdischen Gruppen auf europäischer Ebene bietet.

Die Kommunikation in Konfliktsystemen und die in Bezug auf das weltpolitische System entwickelten Erwartungen tragen zu einer Verdichtung sozialer Prozesse und Ordnungen bei, die »innerstaatliche« Konflikte und weltpolitisches System in Beziehung zueinander setzt. Der hier entwickelte analytische Zugang bietet die Möglichkeit, spezifische Charakteristika von Konflikten zu beleuchten und diese in

einen gesellschaftstheoretischen Zusammenhang einzubetten. Dadurch können mikrosoziale Prozesse makrosoziologisch reflektiert und die Funktion von Konflikten für die Entwicklung der (Welt-)Gesellschaft identifiziert werden. Die nichtstaatliche Konfliktpartei übernimmt durch die Einbettung des Konfliktthemas in den globalen Menschenrechtsdiskurs eine »Immunfunktion« für die Gesellschaft, indem sie durch den Bezug auf globale Normen auf den Widerspruch zwischen normativer Festschreibung der Weltgesellschaft und fehlender Rechtsrealität verweist. Entgrenzte Konflikte stellen somit für andere Systeme (Politik, Recht, Wirtschaft etc.) Irritationen dar, die die bis dahin existierenden Strukturen hinterfragen oder ablehnen und dadurch Veränderungen hervorrufen können. Zudem kann durch die Analyseperspektive die wichtige Frage nach den Grenzen und deren Überwindung innerhalb der Gesellschaft gestellt werden. Das kommunikationstheoretische Rüstzeug bietet in dieser Hinsicht den Vorteil, dass lediglich thematische Systemgrenzen angenommen werden. Als stabile Grenzen angenommene Prozesse werden durch eine kommunikationstheoretische Herangehensweise hinterfragt und methodisch überwunden.

Während ein solcher weltgesellschafts- bzw. kommunikationstheoretischer Blick auf Konflikte und ihre Entgrenzungsprozesse neue Erkenntnisse hervorgebracht hat, birgt die vorgelegte Analyse noch Erweiterungspotenzial sowohl in empirischer als auch theoretischer Hinsicht. In empirischer Hinsicht wäre es sinnvoll, in einer vergleichenden Studie verschiedene »innerstaatliche« Konflikte hinsichtlich der verfolgten Entgrenzungsstrategien zu untersuchen. Dies würde es sowohl ermöglichen, Bedingungen zu spezifizieren, die eine aktive Entgrenzung durch die Konfliktparteien wahrscheinlicher machen, als auch Aussagen über die Charakteristika der adressierten IOs zu treffen. Welche Rolle spielen Aspekte wie das Konfliktthema, die Organisationsstruktur der Konfliktpartei, eine große Diaspora in westlichen Staaten, ein grundlegendes Interesse westlicher Organisationen an der Region oder die Intensität des Konfliktes? Theoretisch-konzeptionell versteht sich der vorliegende Beitrag als Anregung, die Analyse von Konflikten aus der Perspektive des methodologischen Nationalismus zu lösen und durch ein systemisches Konfliktkonzept zu einem besseren Verständnis grenzüberschreitender und aufeinander Bezug nehmender Konflikte zu gelangen.

Literatur

- Adamson, Fiona B. 2005: Globalisation, Transnational Political Mobilisation, and Networks of Violence, in: Cambridge Review of International Affairs 18: 1, 31-49.
- Albert, Mathias 2002: Zur Politik der Weltgesellschaft. Identität und Recht im Kontext internationaler Vergesellschaftung, Weilerswist.
- Albert, Mathias 2016: A Theory of World Politics, Cambridge.
- Albert, Mathias/Kessler, Oliver/Stetter, Stephan 2008: On Order and Conflict: International Relations and the »Communicative Turn«, in: Review of International Studies 34: S1, 43-67.

- Anderson, Benedict* 2005: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, 2. erweiterte Aufl., Frankfurt a. M.
- Ayata, Bilgin* 2011: Kurdish Transnational Politics and Turkey's Changing Kurdish Policy: The Journey of Kurdish Broadcasting from Europe to Turkey, in: *Journal of Contemporary European Studies* 19: 4, 523-533.
- Baser, Bahar* 2011: Kurdish Diaspora Political Activism in Europe with a Particular Focus on Great Britain, in: http://www.berghof-peacesupport.org/publications/SL_Diaspora_Papers_Baser.pdf; 28.2.2018.
- Bezwan, Naif* 2008: Türkei und Europa. Die Staatsdoktrin der Türkischen Republik, ihre Aufnahme in die EU und die kurdische Nationalfrage, Baden-Baden.
- Bonacker, Thorsten* 2003: Inklusion und Integration durch Menschenrechte. Zur Evolution der Weltgesellschaft, in: *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 24: 2, 121-149.
- Bonacker, Thorsten* 2005: Exklusion als Macht. Zu den Bedingungen der Konfliktträchtigkeit sozialer Ausgrenzung, in: *Journal für Konflikt- und Gewaltforschung* 7: 2, 41-67.
- Bonacker, Thorsten* 2006: Krieg und die Theorie der Weltgesellschaft. Zur makrosoziologischen Erklärung neuer Ergebnisse der empirischen Kriegsforschung, in: Geis, Anna (Hrsg.): *Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse*, Baden-Baden, 75-94.
- Bonacker, Thorsten* 2008: Die Konflikttheorie der autopoietischen Systemtheorie, in: Bonacker, Thorsten (Hrsg.): *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung*, Wiesbaden, 267-292.
- Bonacker, Thorsten/Weller, Christoph* (Hrsg.) 2006: *Konflikte der Weltgesellschaft. Akteure-Strukturen-Dynamiken*, Frankfurt a. M.
- Buhaug, Halvard/Gleditsch, Kristian S.* 2008: Contagion or Confusion? Why Conflicts Cluster in Space, in: *International Studies Quarterly* 52: 2, 215-233.
- Bundesamt für Verfassungsschutz* 2015: Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), <https://www.verfassungsschutz.de/embed/broschuere-2015-07-arbeiterpartei-kurdistans-pkk.pdf>; 28.2.2018.
- Casier, Marlies* 2011: The Politics of Solidarity: The Kurdish Question in the European Parliament, in: Casier, Marlies/Jongerden, Joost (Hrsg.): *Nationalisms and Politics in Turkey. Political Islam, Kemalism, and the Kurdish Issue*, Milton Park, 197-217.
- Cederman, Lars-Erik/Weidmann, Nils B./Gleditsch, Kristian S.* 2011: Horizontal Inequalities and Ethnonationalist Civil War: A Global Comparison, in: *American Political Science Review* 105: 3, 478-495.
- Cederman, Lars-Erik/Wimmer, Andreas/Min, Brian* 2010: Why do Ethnic Groups Rebel? New Data and Analysis, in: *World Politics* 62: 1, 1-50.
- Chalk, Peter* 2000: Liberation Tigers of Tamil Eelam's (LTTE) International Organization and Operations – A Preliminary Analysis (Commentary No. 77), in: <http://fas.org/irp/world/para/docs/com77e.htm>; 28.2.2018.
- Checkel, Jeffrey T.* (Hrsg.) 2013: *Transnational Dynamics of Civil War*, New York, NY.
- Cornell, Svante E.* 2001: The Land of Many Crossroads. The Kurdish Question in Turkish Politics, in: *Orbis. A Journal of World Affairs* 45: 1, 31-46.
- Crawford, Timothy W.* 2005: Moral Hazard, Intervention and Internal War: A Conceptual Analysis, in: *Ethnopolitics* 4: 2, 175-193.
- Criss, Nur B.* 1995: The Nature of PKK Terrorism in Turkey, in: *Studies in Conflict and Terrorism* 18: 1, 17-37.
- Della Porta, Donatella/Tarrow, Sidney G.* (Hrsg.) 2005: *Transnational Protest and Global Activism*, Lanham, MD.
- Denny, Elaine K./Walter, Barbara F.* 2014: Ethnicity and Civil War, in: *Journal of Peace Research* 51: 2, 199-212.
- Diez, Thomas/Stetter, Stephan/Albert, Mathias* 2008: Introduction, in: Diez, Thomas/Albert, Mathias/Stetter, Stephan (Hrsg.): *The European Union and Border Conflicts. The Power of Integration and Association*, Cambridge, 13-32.

- Eccarius-Kelly, Vera* 2002: Political Movements and Leverage Points: Kurdish Activism in the European Diaspora, in: *Journal of Muslim Minority Affairs* 22: 1, 91-118.
- Efinger, Manfred/Rittberger, Volker/Zürn, Michael* 1988: Konflikt und Konfliktbearbeitung, in: *Efinger, Manfred/Rittberger, Volker/Zürn, Michael* (Hrsg.): *Internationale Regime in den Ost-West-Beziehungen. Ein Beitrag zur Erforschung der friedlichen Behandlung internationaler Konflikte*, Frankfurt a. M., 42-62.
- Eppert, Kerstin/Sienknecht, Mitja/Albert, Mathias* 2015: UN-Missionen als Strukturen internationaler Interventionen – organisationale Autonomisierungsprozesse aus weltgesellschaftstheoretischer Perspektive, in: *da Conceicao-Heldt, Eugenia/Koch, Martin/Liese, Andrea* (Hrsg.): *Internationale Organisationen. Autonomie, Politisierung, interorganisationale Beziehungen und Wandel*, Baden-Baden, 81-104.
- Ethnic Power Relations* o. JD.: *Ethnic Power Relations 3.0 Dataset*, in: <http://www.epr.ucla.edu/>; 14.7.2017.
- Europarat* 1998: Progress of the Assembly's Monitoring Procedures (April 1997-April 1998), Doc. 8057, in: <http://assembly.coe.int/nw/xml/XRef/X2H-Xref-ViewHTML.asp?FileID=8494&lang=EN>; 28.2.2018.
- Europarat* 1995: Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten, <http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/Html/157.html>; 28.2.2018.
- Europäisches Parlament* 2009: Information Note on the Work of the EU-Turkey Joint Parliamentary Committee. Delegation to the EU-Turkey Joint Parliamentary Committee, <http://www.europarl.europa.eu/document/activities/cont/200908/20090805AT-T59435/20090805ATT59435EN.pdf>; 23.7.2017.
- Gilboa, Eytan* 2008: Searching for a Theory of Public Diplomacy, in: *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 616: 1, 55-77.
- Gleditsch, Kristian S.* 2007: Transnational Dimensions of Civil War, in: *Journal of Peace Research* 44: 3, 293-309.
- Gleditsch, Kristian S.* 2009: The Spread of Civil War, in: *Bercovitch, Jacob/Kremenyuk, Victor/Zartman, William I.* (Hrsg.): *The SAGE Handbook of Conflict Resolution*, London, 595-612.
- Gleditsch, Kristian S./Beardsley, Kyle* 2007: Nosy Neighbors: Third Party Actors in Central American Conflicts, in: *Journal of Conflict Resolution* 46: 3, 379-402.
- Grojean, Olivier* 2011: Bringing the Organization Back in: Pro-Kurdish Protest in Europe, in: *Casier, Marlies/Jongerden, Joost* (Hrsg.): *Nationalisms and Politics in Turkey. Political Islam, Kemalism, and the Kurdish Issue*, Milton Park, 182-196.
- Gunter, Michael M.* 2008: *The Kurds Ascending. The Evolving Solution to the Kurdish Problem in Iraq and Turkey*, New York, NY.
- Gunter, Michael M.* 2018: *Historical Dictionary of the Kurds*, 3. Auflage, Lanham, MD.
- Gurr, Ted R.* 1993: Why Minorities Rebel: A Global Analysis of Communal Mobilization and Conflict since 1945, in: *International Political Science Review* 14: 2, 161-201.
- Gurr, Ted R.* 1998: *Minorities at Risk. A Global View of Ethnopolitical Conflicts*, Washington, DC.
- Gurr, Ted R.* 2000: *Peoples Versus States. Minorities at Risk in the New Century*, Washington, DC.
- Gurr, Ted R./Pitsch, Anne* 2002: Ethnopolitische Konflikte und separatistische Gewalt, in: *Hagan, John/Heitmeyer, Wilhelm* (Hrsg.): *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*, Wiesbaden, 287-312.
- Gurses, Mehmet* 2014: Transnational Ethnic Kin and Civil War Outcomes, in: *Political Research Quarterly* 68: 1, 1-12.
- Heintz, Bettina/Münch, Richard/Tyrell, Hartmann* (Hrsg.) 2005: *Weltgesellschaft. Theoretische Zugänge und empirische Problemlagen* (Zeitschrift für Soziologie, Sonderheft), Stuttgart.
- Hohm, Hans-Jürgen* 2006: *Soziale Systeme, Kommunikation, Mensch. Eine Einführung in soziologische Systemtheorie*, Weinheim.

- Horowitz, Donald L. 1985: *Ethnic Groups in Conflict*, Berkeley, CA.
- Huang, Reyko 2016: Rebel Diplomacy in Civil War, in: *International Security* 40: 4, 89-126.
- International Crisis Group 2012: Turkey: The PKK and a Kurdish Settlement, in: <https://d2071andvip0wj.cloudfront.net/219-turkey-the-pkk-and-a-kurdish-settlement.pdf>; 23.7.2017.
- Imset, Ismet G. 1992: *The PKK. A Report on Separatist Violence in Turkey (1973-1992)*, Istanbul.
- International Initiative »Freedom for Öcalan – Peace in Kurdistan« o. D.: Campaigns, <http://www.freeocalan.org>; 28.9.2015.
- Japp, Klaus P. 2003: Zur Soziologie des fundamentalistischen Terrorismus, in: *Soziale Systeme. Zeitschrift für soziologische Theorie* 9: 1, 54-88.
- Kaldor, Mary 2012: *New and Old Wars. Organised Violence in a Global Era*, Cambridge.
- Kathman, Jacob D. 2008: Civil War Contagion and Neighboring Interventions, in: *International Studies Quarterly* 54: 1, 989-1012.
- Keck, Margaret E./Sikkink, Kathryn 1999: Transnational Advocacy Networks in International and Regional Politics, in: *International Social Science Journal* 51: 159, 89-101.
- Khatib, Lina 2012: Hizbullah's Image Management Strategy, <https://usepublicdiplomacy.org/sites/uscpublicdiplomacy.org/files/useruploads/u35361/2012%20Paper%201.pdf>; 7.8.2017.
- Koloma-Beck, Teresa/Werron, Tobias 2013: Gewaltwettbewerbe. »Gewalt« in globalen Konkurrenzen um Aufmerksamkeit und Legitimität, in: Stetter, Stephan (Hrsg.): *Ordnung und Wandel in der Weltpolitik. Konturen einer Soziologie der internationalen Beziehungen*, Baden-Baden, 249-276.
- Kuperman, Alan J. 2003: Transnational Causes of Genocide: How the West Inadvertently Exacerbates Ethnic Conflict, in: Thomas, Raju G. C. (Hrsg.): *Yugoslavia Unraveled. Sovereignty, Self-determination, Intervention*, Lanham, MD, 55-85.
- Kurban, Dilek 2013: To Europe and Back: The Three Decades of Kurdish Struggle in Turkey, in: http://www.iai.it/sites/default/files/GTE_PB_07.pdf; 8.7.2017.
- Kurdish Human Rights Project 2010: Taking Human Rights Complaints to the OSCE, European Parliament and Council of Europe. A Manual, in: www.khrp.org/khrp-news/human-rights-documents/doc_download/251-taking-human-rights-complaints-to-the-osce-european-parliament-and-council-of-europe.html; 23.7.2017.
- La Porte, Teresa 2012: The Impact of »Intermestic« Non-state Actors on the Conceptual Framework of Public Diplomacy, in: *The Hague Journal of Diplomacy* 7: 4, 441-458.
- Lamont, Michèle/Molnár, Virág 2002: The Study of Boundaries in Social Sciences, in: *Annual Review of Sociology* 28, 167-195.
- Lüdemann-Dundua, Antje 2006: Kurden in der Türkei – Die Gewaltordnung der PKK, in: Bakonyi, Jutta/Hensell, Stephan/Siegelberg, Jens (Hrsg.): *Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen. Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den Kriegen der Gegenwart*, Baden-Baden, 193-203.
- Luhmann, Niklas 1984: *Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie*, Frankfurt a. M.
- Luhmann, Niklas 1997: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, Band 2, Frankfurt a. M.
- Marcus, Aliza 2007: Turkey's PKK: Rise, Fall, Rise again?, in: *World Policy Journal* 24: 1, 75-84.
- McAdam, Doug 2013: Initiator and Spin-Off Movements, in: Snow, David A. (Hrsg.): *The Wiley-Blackwell Encyclopedia of Social and Political Movements*, Malden, MA, 1-3.
- Messmer, Heinz 2003: *Der soziale Konflikt. Kommunikative Emergenz und systemische Reproduktion*, Stuttgart.
- Meyer, John W./Krücken, Georg (Hrsg.) 2005: *Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen*, Frankfurt a. M.
- Olzak, Susan 2011: Does Globalization Breed Ethnic Discontent?, in: *Journal of Conflict Resolution* 55: 1, 3-32.

- Özcan, Ali K. 2006: Turkey's Kurds: A Theoretical Analysis of the PKK and Abdullah Öcalan. London.
- Petersen, Karen K. 2004: A Research Note: Reexamining Transnational Ethnic Alliances and Foreign Policy Behavior, in: *International Interactions* 30: 1, 25-42.
- Pettersson, Therése/Wallensteen, Peter 2015: Armed Conflicts, 1946-2014, in: *Journal of Peace Research* 52: 4, 536-550.
- Regan, Patrick M. 2000: *Civil War and Foreign Powers*, Ann Arbor, MI.
- Regan, Patrick M. 2002: *Civil Wars and Foreign Powers. Outside Intervention in Intrastate Conflict*, Ann Arbor, MI.
- Reppell, Lisa 2015: Turkey's Track Record with the European Court of Human Rights, in: *Turkish Review*, http://www.turkishreview.org/reports/turkey-s-track-record-with-the-european-court-of-human-rights_549090; 28.2.2018.
- Risse, Thomas/Sikkink, Kathryn 1999: The Socialization of International Human Rights Norms into Domestic Practices: Introduction, in: Risse-Kappen, Thomas/Ropp, Steve C./Sikkink, Kathryn (Hrsg.): *The Power of Human Rights. International Norms and Domestic Change*, New York, NY, 1-38.
- Rittberger, Volker/Zürn, Michael 1991: Transformation der Konflikte in den Ost-West-Beziehungen. Versuch einer institutionalistischen Bestandsaufnahme, in: *Politische Vierteljahrsschrift* 32: 3, 399-424.
- Salehyan, Idean 2006: *Rebels Without Borders. Transnational Insurgencies in World Politics*, Ithaca, NY.
- Salehyan, Idean/Gleditsch, Kristian S./Cunningham, David E. 2011: Explaining External Support for Insurgent Groups, in: *International Organization* 65: 4, 709-744.
- Schneider, Gerald 2014: Peace through Globalization and Capitalism? Prospects of Two Liberal Propositions, in: *Journal of Peace Research* 51: 2, 173-183.
- Schneider, Gerald/Barbieri, Katherine/Gleditsch, Nils P. (Hrsg.) 2003: *Globalization and Armed Conflict*, Lanham, MD.
- Seabrooke, Leonard/Sending, Ole J. 2015: Open Systems of International Organization, in: http://cris.unu.edu/sites/cris.unu.edu/files/WP%2051_GREEN_Seabrooke%20and%20Sending.pdf; 17.2.2018.
- Sienknecht, Mitja 2018: *Entgrenzte Konflikte in der Weltgesellschaft. Zur Inklusion internationaler Organisationen in innerstaatliche Konfliktsysteme*, Wiesbaden.
- Somer, Murat 2004: Turkey's Kurdish Conflict: Changing Context, and Domestic and Regional Implications, in: *Middle East Journal* 58: 2, 235-253.
- Stetter, Stephan (Hrsg.) 2007: *Territorial Conflicts in World Society. Modern Systems Theory, International Relations and Conflict Studies*, London.
- Stetter, Stephan 2008: Entgrenzung in der Weltgesellschaft. Eine Bedrohung für die Demokratie?, in: Brodocz, André/Llanque, Marcus/Schaal, Gary S. (Hrsg.): *Bedrohungen der Demokratie*, Wiesbaden, 99-118.
- Stetter, Stephan 2014: World Politics and Conflict Systems: The Communication of a »No« and its Effects, in: *Horyzonty Polityki* 5: 12, 44-67.
- Stichweh, Rudolf 2000: *Die Weltgesellschaft. Soziologische Analysen*, Band 1500, Frankfurt a. M.
- Tilly, Charles/Tarrow, Sidney G. 2007: *Contentious Politics*, Boulder, CO.
- Uppsala Conflict Data Program (UCDP) o. D.: *Uppsala Conflict Encyclopedia*. Turkey, <http://www.ucdp.uu.se/gpdatabase/gpcountry.php?id=158#>; 11.7.2017.
- UCDP/Peace Research Institute Oslo (PRIO) 2015: *Armed Conflict Dataset v. 4-2015, 1946-2014*, http://www.pcr.uu.se/research/ucdp/datasets/ucdp_prio_armed_conflict_dataset/; 14.9.2015.
- Wallenstein, Peter/Svensson, Isak 2014: Talking Peace: International Mediation in Armed Conflicts, in: *Journal of Peace Research* 51: 2, 315-327.
- Walter, Barbara F. 2009: Bargaining and Failures in Civil War, in: *Annual Review of Political Science* 12: 1, 243-261.

Wimmer, Andreas/Cederman, Lars-Erik/Min, Brian 2009: Ethnic Politics and Armed Conflict: A Configurational Analysis of a New Global Data Set, in: American Sociological Review 74: 2, 316-337.

Wolff, Stefan 2008: Conflicts Without Borders, in: The National Interest Online, <http://nationalinterest.org/article/conflicts-without-borders-2066>, 7.5.2018.

Yildiz, Kerim 2005: The Kurds in Turkey. EU Accession and Human Rights, London.

Anhang: *Tabelle 1: InterviewpartnerInnen (Januar 2012 bis Juni 2013)*

Interview	Ort	Kurzbeschreibung
A 1	Diyarbakır	Zivilgesellschaftliche Organisation
A 2	Istanbul	Zivilgesellschaftliche Organisation
A 3	Diyarbakır	Zivilgesellschaftliche Organisation
A 4	Diyarbakır	Zivilgesellschaftliche Organisation
A 5	Istanbul	Journalist
A 6	Diyarbakır	Zivilgesellschaftliche Organisation
A 7	Istanbul	Zivilgesellschaftliche Organisation
A 8	Brüssel	Zivilgesellschaftliche Organisation
A 9	Straßburg	MdEP, Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten, Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Unterausschuss für Menschenrechte
A 10	Diyarbakır	Zivilgesellschaftliche Organisation
A 11	Istanbul	Zivilgesellschaftliche Organisation
A 12	Diyarbakır	Zivilgesellschaftliche Organisation
A 13	Brüssel	Mitglied im Kurdischen Nationalkongress (KNK)
A 14	Diyarbakır	Zivilgesellschaftliche Organisation
A 15	Straßburg	MdEP, Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz, GPA EU-Türkei
A 16	Berlin	Stiftung für Wissenschaft und Politik (SWP)
A 17	Berlin	Türkei-Experte
A 18	Istanbul	Ehemaliger MdEP (2002-2009), Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz, GPA EU-Türkei
A 19	Istanbul	Zivilgesellschaftliche Organisation

Interview	Ort	Kurzbeschreibung
A 20	Straßburg	MdEP, Fraktion der Europäischen Volkspartei, Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Unterausschuss Menschenrechte
A 21	Straßburg	MdEP, Fraktion der Europäischen Volkspartei, Mitglied im GPA EU-Türkei
A 22	Straßburg	MdEP, Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz, Mitglied im Unterausschuss Menschenrechte
A 23	Straßburg	MdEP, Europa der Freiheit und der Demokratie, Mitglied im GPA EU-Türkei
A 24	Berlin	Ehem. EU-Erweiterungskommissar
A 25	Diyarbakır	Zivilgesellschaftliche Organisation
A 26	Straßburg	MdEP, Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen, Mitglied GPA EU-Türkei